

Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur

29. Woche für die Zeit vom 19. bis 25. Juli 1901.

Posen, den 30. Juli 1901.

Aus den Blättern der Provinz Posen.

Aus Nr. 158 des Goniec Wielkopolski
vom 23. Juli 1901:

Das Petersburger Tageblatt *Nowoje Wremja* hat nach Posen einen Spezial-Berichterstatler abgesandt, damit dieser unsere Verhältnisse erforsche. Wie man annehmen kann, befaßt sich die öffentliche Meinung in Rußland lebhaft mit unseren Angelegenheiten und hauptsächlich kommt es ihr darauf an, das feindselige Verhältniß der preussischen Regierung zu den Polen festzustellen. Indem die Russen unsere Wankelmuthigkeit kennen, glauben sie, daß mit der Zunahme des Antagonismus zwischen der Regierung und den Polen die Sympathien der letzteren sich auf die Seite der Russen neigen werden. Rußland, welches danach strebt, alle slavischen Brüder sich unterwürfig zu machen, möchte sich vor Allem darüber vergewissern, inwiefern die Polen ihm zuneigen, denn feindlich gesinnte Elemente möchte es nicht gern in sich aufnehmen. Thatsache ist es, daß ein großer Theil unserer Gesamtheit unter dem Druck des Hafatismus Befreiung von Seiten Rußlands erhofft, was aber falsch ist. Denn Rußland kümmert sich nicht darum, daß uns Gerechtigkeit widerfahre, sondern hat es auf sein eigenes Geschäft auf unsere Kosten abgesehen. So hat auch früher schon Napoleon gehandelt, und die Polen, welche keine eigene Selbständigkeit erringen konnten, schlossen sich Napoleon an, ebenso wie sie jetzt Rußland zuneigen. Ihr Argument: wir wollen unter einer Herrschaft sein, denn dann werden wir uns eher Rath zu schaffen wissen, ist unbegründet, denn Rußland wird uns nicht eher in seinen Mutterchoß aufnehmen, bevor es uns die „polnische Seele“ entrisen und sich nicht darüber Gewißheit verschafft hat, daß es treue Unterthanen aufnimmt.

Wenn uns auch das deutsche Element fremd und seit Jahrhunderten feindlich gesinnt ist und wenn wir mit den Deutschen auch niemals gemeinschaftliche Interessen haben werden, so bleiben uns andererseits doch noch zwei Auswege: entweder entäußern wir uns unseres Polenthums und werden aus Rassenrückichten russische Vasallen oder es siegt bei uns der Nationalstolz, wir stoßen jede Illusion von uns und werden mit dem Lösungswort der Selbsthilfe weiter um die nationale Unabhängigkeit kämpfen. Als einer Nation mit ruhmvollen Traditionen kommt es uns nicht zu, ein momentanes inneres Uebergewicht nicht auszuhalten; wir glauben demnach, daß auch die Russenfreundlichkeit den von ihr befallenen Theil unserer Gesamtheit verlassen und daß die **polnische Idee** siegen wird.

Aus Nr. 151 des Goniec Wielkopolski
vom 14. Juli 1901:

Nachdem wir den Charakter und das Wesen der deutschen Kultur, sowie die moralische und ethische Unterlage des Kampfes kennen gelernt haben, welcher gegen unsere „polnische Seele“ geführt wird, wollen wir heute die Aufmerksamkeit unserer Leser auf die Wirkungen hinlenken, welche dieser Kampf auf unseren nationalen Geist ausgeübt hat. Rassenhaß und die Losungsworte der deutschen „Kulturträger“ sind auf unsere von dem Blut unserer Nationalhelden getränkte Scholle gefallen, von dem Blut, welches für die heiligsten Empfindungen vergossen worden ist, für unsere wunderschönen Ideale, für die Liebe zum Vaterlande. Um deshalb ist diese Liebe, welche man mit Gewalt ersticken wollte, nicht gestorben, sondern in herrlichen Flammen, voll Glanz und Wärme emporgeholt, welche alle diese Funken und Fünkchen in der Tiefe der Millionen polnischer Herzen in den einen mächtigen, unsterblichen Gedanken vereint: **„Noch ist nicht verloren!“** **Der polnische Geist lebt noch!** Im beständigen Kampfe um seine Existenz ist er stark geworden und hat er sich abgehärtet! Er hat die Lebenskraft gewonnen, welche in alle Faser der polnischen Gesamtheit eingedrungen ist, welche die polnische Bürgerschaft uns gewonnen hat und heute das Volk für sich gewinnt, das Volk, welches einst unter seinem Kosciuszko mit der blanken Faust die russischen Kanonen genommen hat, mit einer Kraft, welche mit dem Sturm der patriotischen Gefühle von Myslowitz bis Puzig das ganze Land durcheilte, das trotz der Grenzen unsere nationale Einheit bewahrt hat.

In Anbetracht solcher Früchte des Kampfes haben wir nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, unseren festen Glauben an die polnische Sache offen, ohne Hehl, zu bekennen, denn ein solcher Glauben verleiht uns die Kräfte zum weiteren Kampfe um „unsere Seele“, denn ein solcher Glauben muß alle gehässigen Angriffe der Bismarck'schen Elemente kraftlos machen.

An diejenigen Brüder aber, welche bisher diesen heiligen Glauben nicht befaßt oder nicht bekennen wollten, indem sie sich mit einer Hartnäckigkeit, welche einer besseren Sache werth wäre, hinter dem verwitterten und durchlöchernten Mäntelchen der politischen Ruchternheit und „diplomatischen Klugheit“ verbergen, wenden wir uns mit den Worten des verstorbenen Stanislaus Szczepanowski, mit den Worten des heute bereits verbliebenen Greises, welcher sein polnisches Volk und seine polnischen Ideale über Alles liebte:

„Nicht jede Uebermacht bricht ein Volk, aber jede Unfreiheit erniedrigt, am meisten die geistige Unfreiheit. Ich bin fest davon überzeugt, daß tausende von Polen das Joch des deutschen Geistes, welches auf uns lastet,

verspüren und nur auf ein Lösungswort warten, um sich aus demselben zu befreien. Diesen sage ich: Höret auf, selbst den besten Vorbildern nachzuahmen, höret auf Affen und Papageien zu sein. Habet den Muth, Polen zu bleiben, nicht Polen des „schönen Scheins“, sondern echte Polen von ganzem Herzen und ganzer Seele. Habet den Muth, die polnische Idee als die hauptsächlichste Ermunterung eueres Lebens anzunehmen, indem ihr sie jederzeit eurer Arbeit und eurer Erholung, den Wissenschaften und der Kunst, dem Vergnügen und dem täglichen Leben anpaßt. Bekennet kühn und offen euren polnischen Glauben daran, daß die Gerechtigkeit im Kampfe mit der Ungerechtigkeit siegen muß, härtet euren Willen ab und bereitet eure Kräfte vor, um an diesem Kampfe mit Vortheil theilzunehmen. Von dem durch diesen polnischen Geist eingenommenen Standpunkte aus wendet euch mit Verachtung von dem Schmutz, den Lügen, der Gotteslästerung und dem Dünkel ab, welche die ganze Welt umfassen. Seid gewiß, daß ihr bei unseren Bemühungen nicht verlassen sein werdet; eine Armee von Geistern steht hinter euch, die Geister eurer heldenhaften Vorfahren, die Geister aller Propheten eilen euch entgegen und bieten euch ihre Hilfe und Mitwirkung an. Jeder von euch ist einzeln schwach und verzweifelt, aber vereint durch ein Band, Schulter an Schulter, wird die ganze Nation euch folgen.

Vor euch liegt ein unermessliches Wirkungsgebiet: Eine ganze Menge von angeborenem Wissen, welches man sich aneignen muß, um allen Stürmen Widerstand zu leisten, allen Elementen und Donnereschlägen. Ein ganzes Gefilde von Weltgeschichte, welche man im Sinne der polnischen Idee verarbeiten muß, damit ihr im entscheidenden Moment aus den Erfahrungen aller Zeiten Nutzen ziehen könnt. Ein ganzes Gefilde schöner Künste, welche man einfassen, zur Begeisterung und Umgestaltung des polnischen Geistes zu einem Heldengeist umarbeiten muß, welcher dann gewiß den Sieg davonträgt. Ein ganzes Gefilde wirtschaftlicher Arbeit, denn der Geist wird nur zum Körper durch die Verebelung der Materie, die Mannhaftigkeit braucht Eisen, das tägliche Leben das tägliche Brot und jeder Kampf unerschöpfte Mittel. Vor euch steht die ganze Nation, eine leblose Masse Volks, welchem ihr Euch widmen, es umbilden und durch eure Liebe, euer Beispiel an euch ziehen müßt. Handelt so, und es werden euch die Schuppen von den Augen fallen, von Neuem werden die verhärteten Herzen erweichen, die faulen Geister werden sich beleben und ihr werdet eine Kirche auf einem Felsen errichten, welche keine Macht der Hölle wird bezwingen können, und in dieser Kirche wird nicht nur Raum für uns, sondern auch für die ganze Menschheit sein!

Ich selbst bin schwach und kraftlos, ich bringe nichts Neues. Ich will nur dem gegenwärtigen Augenblick das anpassen, was seit über einem halben Jahrhundert unsere gesammte Litteratur verkündet. Aber höret auf die Stimme der ganzen Vergangenheit, denket an die ganze Zukunft! Höret vor Allem auf die tiefsten und frischesten Instinkte des eigenen Herzens, diese naiven und einfachen Vorschriften, welche jede polnische Mutter den Herzen des neuen Geschlechtes einimpft — und alle Klugheiten und satanischen Gehässigkeiten werden vor euch in nichts vergehen!

Das Vorhergesagte ist dem Werke von Stanislaus Szcepanowski „Die polnische Idee in Anbetracht der kosmopolitischen Strömungen“ entnommen. Wir können dieses Werk unseren Lesern nur auf das Wärmste empfehlen.

Aus Nr. 160 des Dziennik Poznański
vom 16. Juli 1901:

Der unterbrochene Prozeß.

Ein ganzes Jahr hat die Polizei und die Staatsanwaltschaft sorgfältig Material gesammelt, um zu beweisen, daß die polnische Jugend staatsfeindliche Verschwörungen veranstaltet und die hakatistischen Raben haben schon mit Ungeduld auf den erschten agitatorischen Fraß gewartet, als welchen sich für sie der „polnische Hochverrath“, welcher vor Gericht erwiesen werden sollte, darstellte.

Das das ganze Jahr hindurch sorgfältig gesammelte Material hat indessen eine Enttäuschung hervorgerufen. Man mußte den Prozeß vertagen, wie das die Angeklagten und ihre Vertheidiger von vornherein verlangt haben. Es ist das eine große Niederlage für die Polizei und die Staatsanwaltschaft, welche ganze Bände von Akten gesammelt und auf Grund derselben eine ungeheure, 58 Seiten umfassende Anklageschrift aufgebaut hat, welche beweisen soll, daß unsere polnische Jugend nicht nur geheimen Vereinen angehört, sondern auch durch Unterhaltung von Beziehungen zu einer gewissen „Liga“ und dem Vorstande jenes ungeheuren, nämlich über 200 000 Francs ausmachenden „Nationalschates“ sich einer strafbaren Handlung schuldig gemacht hat, welche fast an „Hochverrath“ grenzt. Das Alles sollte wenigstens „implicite“ aus dem durch zahlreiche polizeiliche Durchsuchungen und dem von der Staatsanwaltschaft geschickt zusammengestellten Material hervorgehen.

Auf diese künstliche Unterlage stützte man die Gerichtsverhandlung, welche die Schuld der Angeklagten darthun sollte.

Diese Unterlage aber war zu morsch, als daß der Gerichtshof die Angeklagten hätte verurtheilen können. Er hätte unter den erwähnten Verhältnissen und Umständen mit der Möglichkeit rechnen müssen, daß sein Urtheil von dem Reichsgericht kassirt werden könnte und zog es daher vor, nachdem er sich fast drei Tage lang bei der glühenden Julihitze abgequält hatte, wenn auch sehr ungern, die Sache zu vertagen und die berechtigten Forderungen der Vertheidigung zu berücksichtigen.

Auf den nicht beendeten Prozeß wirft der Umstand ein charakteristisches Licht, daß die Zeit, um Beweismaterial für die Anklage der polnischen Akademiker zu sammeln, so lange gedauert hat und daß man sich, nachdem die Voruntersuchung geschlossen war, bemüht hat, die Sache mit so ungeheurer Eile zu „erledigen“, daß weder die Angeklagten noch deren Vertheidiger Zeit genug hatten, sich zu einer erfolgreichen Vertheidigung vorzubereiten.

Wer diese ungeheuren, im Gerichtssaal auf einem besonders zu diesem Zwecke hergerichteten Tische zusammengelegten Akten gesehen, wer auch nur die ungeheure Anklageschrift durchgelesen hat, welche wir zur allgemeinen Information, ohne die große Arbeit und Mühe zu scheuen, in ihrem Wortlaut wiedergegeben haben, der konnte nur schwer begreifen, wie es möglich war, die Sache im Eiltempo so zu forciren, daß zwischen der Behändigung der Anklageschrift und dem Tage der Hauptverhandlung kaum zehn Tage zur Vorbereitung der Vertheidigung übrig gelassen war.

Kein Wunder daher, wenn in Anbetracht dieser Beschleunigung und der Unzugänglichkeit der Prozeßakten für die Vertheidiger, manche Rechtsanwälte sich der schwierigen Aufgabe, die Vertheidigung unter diesen Verhältnissen zu übernehmen, nicht unterziehen wollten. Um so größerer Dank und Achtung gebührt daher denjenigen wackeren Anwälten, welche trotzdem den un-

dankebaren Posten angenommen und auf ihm nicht nur mannhaft ausgehalten, sondern nach dreitägigem Abplagen das Gericht gezwungen haben, weitere eventuelle Beweise für die „Schuld“ der Angeklagten zu suchen.

Und worin besteht denn das „Verbrechen“, dessen sich die jungen Leute dem preussischen Staate gegenüber schuldig gemacht haben sollen, welche von den preussischen Behörden und Gerichten schon heute zu Verbrechen gestempelt sind.

Sie haben nicht das gethan, was ihre deutschen Kommilitonen thun, welche zum größten Theil bei Gelagen, beim Kartenspiel und Nichtsthun ihre Jugendkräfte vergeuden, sondern haben sich zusammengeschlossen, um sich geistig und moralisch zu stärken, sich in der Sprache und Litteratur ihrer Nation zu bilden und sich für ihren künftigen bürgerlichen Beruf vorzubereiten. Wie hießen nun die Vereine, in welche sie sich zusammengeschlossen haben? „Adelsia“, „Filomatia“, „Litterarischer Verein“, „Brüderliche Hilfe“ u. s. w. Sind diese Namen nicht schon ein bereiteter Beweis für die Erhabenheit der Ziele, nach welchen die diesen angehörige polnische Jugend strebte? Würde man es lieber sehen, wenn Trinkgelage, Weiber oder Karten den Inhalt des Lebens der polnischen Jugend bilden würden? Möglicherweise würde es unseren Gegnern mehr gefallen, wenn sie sich mit dem Kommerziellen, Betrinken, Zerschlagen von Laternen in der Nacht, Duelliren, Lärmmachen befassen oder am „Klub der Harmlosen“ theilnehmen würden, dieser jungen Leute, welche vom Donnerstag bis Sonnabend in dem Posener Schwurgerichtssaale die Anklagebank geziert haben, braucht sich unsere Gesamtheit nicht zu schämen.

Man wirft ihnen zwar vor, daß sie dem angeblich geheimen „Verbande“ und der noch viel schlimmeren „Vereinigung“ angehören, welche — oh Graus! — mit der „Liga“ und dem „Nationalschlag“ Beziehungen unterhalten sollen.

Ihre Beziehungen zur „Vereinigung“ und „Liga“ konnten jedoch nicht bewiesen werden, und daß solche nicht bestanden haben, werden zweifellos der Oberst Miłkowski und Student Bolewski bezeugen, auf deren Zeugniß der Gerichtshof selbst sich berufen mußte. Daß sie dem „Verbande“ angehören, haben sie selbst zugegeben, denn was soll davon strafbar sein, wenn unsere Universitätsjugend unter sich einen kollegialen Zusammenschluß herbeizuführen sucht, was selbst die Anklageschrift in dem Abschnitt „subjektiver Thatbestand“ als eins ihrer Hauptzwecke ansieht!? Besitzt denn die deutsche Universitätsjugend nicht ähnliche, weit größere Organisationen und Zentralverbände? Wird diese innerhalb von der Polizei und den Gerichten zur Verantwortung gezogen? Im Gegentheil, das ist ihr sogar erlaubt, ohne Anzeige bei der Polizei oder dem Universitäts-senat rein politischen Vereinen anzugehören, reine akademische Studentenvereine zu begründen und zusammen mit Professoren, wie in Leipzig Professor Haffke, in Halle Wislicenus und in Breslau Felix Dahn an der antipolnischen Hege lebhaften Antheil zu nehmen. Und angesichts dessen sollen wohl die polnischen Studenten die Rolle von stummen Hunden spielen, oder vielleicht sogar den deutschen „Burschenschaften“ angehören; der Umstand, daß sie das nicht thun, wird in der Anklageschrift als ein belastendes Moment bezeichnet!?

Nein, solchen Vereinen können sich selbstachtende und ihrer Nationalwürde sich bewußte polnische junge Leute nicht anschließen. Sie müssen sich als die künftige Intelligenz der Gesamtheit für das bürgerliche Leben auf nationalem polnischem Grund und Boden vorbereiten,

denn sie sind Blut vom Blute ihrer Gesamtheit, sie entstammen deren Knochen — und das kann ihnen keine Regierung und kein Gesetz verbieten. Das brachte auch die Posener Gymnasialversammlung in der Petition ausdrücklich zum Ausdruck, welche in Sachen der Beseitigung des polnischen Sprachunterrichts in unseren Gymnasien an den preussischen Kultusminister gerichtet worden ist.

Und wenn diese Jugend dazu übergeht, zeitweise heimlich an ihrer Selbstbildung, an ihrer Sprache, Litteratur und der Geschichte ihrer Nation zu arbeiten, so ist auch hier wiederum das verkehrte preussische System schuld, welches in den Gymnasien die polnische Sprache und Litteratur der Proskription anheimfallen läßt, auf den Universitäten aber nicht gestattet, daß die polnischen jungen Leute sich in offene unter der Aufsicht der Senate existierende Vereine zusammenschließen und die bestehenden Vereine schließen.

Verbotene Früchte schmecken immer am besten. Kein Wunder also, daß auch die polnische Jugend diese versuchen will, wenn sie das thut, so trifft nicht sie die Schuld, sondern das System, welches sie geradezu auf Wege drängt, auf welchen auch wir sie zeitweise nicht gerne sehen möchten, und wenn sie dann unvorsichtiger Weise unnütze Sachen spricht oder schreibt, dann strengt man gegen sie Prozesse — beinahe wegen Hochverrath — an.

Niemand wird diese ehrenhaften, aber unvorsichtigen jungen Leute deshalb loben, daß sie zeitweilig den Schein unvorsichtigen Auftretens sich gegeben haben, was sodann gegen die ganze polnische Jugend ausgespielt wird. Niemand wird das Unrecht preisen, welches ein junger empfindsamer Mann seiner Gesamtheit zufügt, indem er in seinem Tagebuch seinen polnischen Empfindungen freien Lauf läßt, was man heute als einen Beweis für seine Schuld ausnutzt — aber muß das nicht für dieses System ein bereiteter Fingerzeig und ein Beweis für das falsche Vorgehen sein, wenn jener Jüngling, indem er in seinen Notizen die Thatsache der Auflösung der „Concordia“ und des „Vereins der Oberschlesier“ in Breslau registriert, die Frage aufwirft:

„Glaubt die Regierung etwa, daß sie hieraus irgend einen Nutzen ziehen wird?“

und hierauf antwortet:

„Im Gegentheil, sie regt hierdurch nur zu umso energischerer Thätigkeit an. Wir werden weiter gemeinschaftlich arbeiten, wenn nicht offen, dann im Geheimen.“

In der Anklageschrift sind diese unvorsichtigen Worte unterstrichen, denn sie verdammen am besten die heutige Behandlung der polnischen Jugend seitens des preussischen Systems.

Gebet der polnischen Gymnasialjugend die Freiheit, die polnische Sprache und die Heimathslitteratur lernen zu können, gestattet der Universitätsjugend unter den Augen der akademischen Senate sich in diese Studien zu vertiefen, dann wird es keine geheime polnische Vereine geben, und Prozesse, wie der hier in Frage kommende, werden sich als überflüssig erweisen!

Aus Nr. 153 des Goniec Wielkopolski
vom 17. Juli 1901:

Polnischer Reflex über den Akademiker-Prozeß.

Die Ketten, mit welchen der Geist des polnischen Volkes nach der Beendigung des Januar-Aufstandes umgeben worden ist, hat der Rost zerfressen, dieselben beginnen zu plagen und mürbe zu

werden; es wird nicht lange dauern — und die polnische Idee wird erneut das ganze Volk mit aller Macht umfassen — in seinem Herzen neue Gedanken gebären — es zu neuen Thaten anfeuern — die eines solch' edlen Volkes würdig sind.

Wenn wir hier von Thaten sprechen, so muß man natürlich nicht gleich an Kugelgießen und Senseschärfen denken.

Unser verwundete weiße Adler gesundet — und kühlt mit seiner Flügelbewegung das Blut unserer Feinde.

Als solche Bewegungen kann man die ab und zu erscheinenden Aufrufe der National-Liga bezeichnen, deren Name nicht nur die Regierungen der annektirten Länder, — ja sogar auch die vermeintlichen Individuen des eigenen Volkes in Schrecken setzt. —

So sollte denn auch der den Akademikern gemachte Prozeß beweisen, daß die Preussische Behörde wenigstens einen Theil dieses berühmten Vogels gefaßt hat, und wenn es ihr auch nicht gelingen sollte, ihn ganz zu vernichten, so würden sie der Welt doch zeigen, daß sie ihn durchaus verfolgen, und Alles niederdrücken müssen, was irgendwie zu seiner Gesundung beitragen sollte.

Daß die Meinungen auf Wahrheit beruhen, dieses beweisen die in den ersten Tagen des Prozesses verlesenen Broschüren u. s. w. der „National-Liga und der national-demokratischen Partei.“

Es gehört nicht hierher, umfangreicher zu beweisen, ob die Angeklagten mit der Liga in irgend welcher Verbindung stehen, — der ganze Verlauf des Prozesses hat doch zur Evidenz ergeben, daß es sich thatsächlich so nicht verhält.

Die Staatsanwaltschaft wünscht durchaus zu beweisen, daß zwei Studenten-Organisationen, und zwar: „Die Verbindung der polnischen Jugend Deutschlands“ und die „Vereinigung der polnischen Jugend“ Kinder der „National-Liga“ sein sollen. Wennalich in der Anklage diesem Gedanken nicht viel Werth geschenkt worden ist, und man diesen vielmehr auf die „Geheimbünderei“ zu legen bemüht war, so suchte sowohl der Staatsanwalt als auch der Gerichtsvorsitzende, Herr Felsmann, klar zu stellen, daß ihre Vermuthungen auf Wahrheit beruhen. Daher hat das Gericht auch alle Verurtheilungsanträge der Vertheidiger zurückgewiesen, in Voraussehung, daß das gesammelte Belastungsmaterial schon ausreichen wird, um die Richtigkeit seiner Annahme zu beweisen. Als dieses jedoch nicht der Fall war, und die Vertheidiger, um diese Grundlosigkeit zu bestätigen, den Antrag gestellt hatten, den Verbreiter der polnischen Idee und die Stütze der National-Liga, den greisen R. von Miłkowski, zu vernehmen, — da erst entschloß sich das Gericht, den Prozeß zu vertragen, um diese für Deutschland so verwickelte Angelegenheit bis in's Kleinste zu prüfen.

Wenn man daher dem Prozesse in Betreff der Schuld der Angeklagten nicht ein zu übergroßes Gewicht beilegte, so sollte seine Bedeutung wenigstens für die polnische Gemeinschaft einen sehr ersten politischen Charakter annehmen. Die Staatsregierung wollte mit Hilfe dieses Prozesses beweisen, daß die Polen sich jetzt mit Maulwurfsarbeit befassen und die Existenz der annektirten Staaten unterminiren.

Dieses sollte erstens wiederum als Beweis dienen, daß das bisherige Verfahren der Regierung den Polen gegenüber gerechtfertigt sei, dann zweitens aber auch dazu, um noch schärfere Maßregeln zu ergreifen.

Es sollte mithin der Akademiker-Prozeß nichts weiter sein, als ein Mantel der Regierung, der die dem polnischen Volke gegenüber geübte Exterminationssarbeit bedecken sollte.

Hierin liegt auch der Kern des ganzen Prozesses.

Was für praktische Folgerungen sollten die Polen nun daraus ziehen? . . .

1. Der Regierung ist es doch nicht unbekannt, daß im polnischen Volke die Nationalidee noch nicht erloschen ist, — im Gegentheil sie ist sich dessen bewußt, daß dieselbe mit jedem Tage an Kraft gewinnt; sie fürchtet daher, ungemein geschädigt oder wenigstens an ihrem bisherigen politischen Ansehen geschmälert zu werden. Der Regierung ist es ferner bekannt, daß in unserem Volke immer neuere Gedanken erwachen, deren Fasern dahin schlagen, um unsere nationale Existenz zu befestigen und die breiteren Volksschichten zur Vertheidigung aufzufordern; wenn daher diese ungerechte That — die Theilung Polens — geschehen ist, so wird die Regierung jetzt mit aller Kraft danach trachten, um die gesunde und belebende Bewegung zu schwächen und zu unterdrücken. Sie wird uns daher mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln bekämpfen.

2. Uns bleibt infolgedessen die Lehre, daß wir nur solche Vertheidigungsmittel wählen müssen, die uns nicht nur jeden Ueberfall zurückschlagen lassen, sondern daß wir langsam eine Position nach der anderen erobern müssen, um an's Endziel, d. i. in den Besitz aller uns nöthigen nationalen und sozialen Existenzmittel zu gelangen. Uns muß vor allen Dingen um die nationale Selbstständigkeit, um unsere Sonderstellung und Unabhängigkeit zu thun sein.

3. Wie in jedem Kampfe, so wird es auch im vorliegenden nicht ohne ernste Verluste und die Vernichtung einzelner Individuen ablaufen. Vielleicht werden sogar die Tapfersten fallen, jedoch das soll uns nicht abhalten. So wie der kämpfende Soldat auf den Anblick seines von einer feindlichen Kugel getroffenen Kameraden nur von größerer Wuth befallen wird, so müssen auch die unseren um die nationale Existenz kämpfenden Landsleute zugesügten Unbilden uns zu immer energischerem Handeln anfeuern.

4. Was nun die Angeklagten und im allgemeinen unsere lernende Jugend betrifft, so dürfen wir nicht leichtsinnig ihre Handlungsweise verdammten. Wenn die Regierung es nicht zulassen will, daß dieselbe sich zu wahren Bürgern des Volkes heranbilden soll, wenn die Grundlagen der Gerechtigkeit mit Füßen getreten werden und an ihre Stelle die Kraft getreten ist, so möge auch jede Verantwortlichkeit für alle hieraus entstehen könnenden Folgen auf die Vergewaltiger der Gerechtigkeit zurückfallen. Je mehr unsere Jugend diese Angelegenheit lieben lernen und sich mit ihr beschäftigen wird, desto häufiger wird sie mit den Kettenringen in Kollision gerathen, mit welchen der Staat, indem er sie mit „Strafgesetzbuch“ bezeichnet, unsere soziale und nationale Entwicklung hemmen will.

Der Prozeß ruft daher sehr ernste Gedanken in uns wach, nämlich: daß wir uns um die sehr ersten Organisationen, wie die „National-Liga“ und die „national-demokratische Partei“ viel lebhafter wie bisher bekümmern müssen. Im preussischen Antheil kann das Interesse hierfür nicht wachgerufen werden, da die Gleichgültigkeit eine zu große ist. Es ist dieses ein Fehler, der uns in Zukunft große Verluste bereiten kann. Seien wir daher auf der Hut, betrachten wir diese neue Bewegung mit Ernst und beschäftigen wir uns nicht mit Strauß-Politik. Stu-

diren wir die Presse dieser Bewegung, wie den Przegłond Wjzechpolski und den Wiek Dmudziesth, um klar zu erfahren, auf welchen Wegen sich diese Bewegung fortbewegt, wie sie sich entwickelt — und überlegen wir ihre Argumentationen und politischen Gedanken. Vielleicht wird Mancher, der dieselbe jetzt gering schätzt, ihr größere Achtung abgewinnen und sich ihr mit größerem Patriotismus hingeben.

Aus Nr. 153 des Goniec Wielkopolski
vom 17. Juli 1901:

Eine Erklärung der polnischen akademischen Jugend.

Aus Breslau.

„In diesem Augenblicke in dem gegen unsere angeborenen Sünden, im Besonderen aber gegen die unglückliche Neigung zum Hazardspiel sich immer häufiger und ernster Stimmen vernünftiger Menschen hören lassen, in einem Augenblicke, in dem der Antihazardverein zu einem erbitterten Kampfe mit diesem inneren Feinde hervortrat, — in diesem Augenblicke wagt es eine Zeitschrift, welche als ehrlich und anständig gelten will, und zwar der Dziennik Poznański, in Form von Bekanntmachungen unserer Gesellschaft die Spielerhöhle Spaa, eine Quelle unzähliger Unglücksfälle, zu empfehlen.

Die polnische akademische Jugend in Breslau, durchdrungen von dem Geiste einer wahren sozialen Reform, hält es für ihre Pflicht, hiergegen laut und energigisch Protest einzulegen.

NB. Andere polnische Zeitungen werden ersucht, obige Erklärung zu veröffentlichen.“

Von der Redaktion. Wir fügen hinzu, daß der Dziennik Poznański in seiner letzten Nummer — mithin schon, nachdem wir seine Handlungsweise gebrandmarkt hatten — eine erneute Reklame-annonce über Spaa, jedoch mit der Modifikation erlassen hat, daß er den Zusatz wegließ: „dieselben Zerstreungen, wie in Monte Carlo!“ Im Uebrigen: Spaa — bleibt Spaa.

Was die Erklärung selbst betrifft, so enthalten wir uns aller Bemerkungen: es ist dieselbe ein so bezeichnender Beweis, daß sie selbst für sich spricht.

Aus Nr. 163 des Oredownik
vom 19. Juli 1901:

Die Inserate in unserer inneren Politik.

Wir haben den von der „akademischen Jugend in Breslau“ erlassenen Aufruf aufgenommen, welche daran Anstoß nahm, daß der Dziennik Poznański ein Inserat betreffend den Badeort Spaa aufgenommen hatte, woselbst man spielt. Jetzt schreibt man nicht aus dem Königreich, sondern aus dem Bade in Schlesien:

„In der Schles. Ztg. vom 15. Juli habe ich ein Inserat der Firma H. Cegielski, Aktiengesellschaft in Posen, gefunden. Die gedachte Firma sucht Kalkulatoren, aber solche, „welche die polnische Sprache einigermaßen beherrschen.“ Der verstorbene Hippolit Cegielski würde sich im Grabe umdrehen, wenn der das wüßte. Was aber sagt Herr von Roscielski aus Miloslaw dazu, der einen großen Theil der Aktien dieser Firma besitzt. Sollte er nicht einen Blick in die Sache hineinwerfen?!

Aus Nr. 164 des Wielkopolanin
vom 20. Juli 1901:

Försterei Lewkow bei Czekanow.

Geehrte Redaktion!

Die Postchikanen sind wiederum an der Tagesordnung. Das Ostrowoer Postamt hat so wenig gebildete Leute, daß man daselbst nicht einmal weiß, wo Lewkow bei Czekanow zu finden ist, wenngleich Lewkow von Ostrowo höchstens eine Stunde Wegs entfernt ist. Das Couvert übersende ich als Beweis dafür, daß die Adresse deutlich ist und daß sie jeder würde lesen können; nur die Postbeamten in Ostrowo konnten das nicht und sandten den Brief nach Posen zu den überaus klugen Köpfen; dann erst, nachdem der Brief mit rother Tinte so schön geschmückt worden war, kam er dahin zurück, wohin er gehörte. — Die Vermisten, wie sehr müssen sie ihre Köpfe über den polnischen Adressen zerbrechen. Diese Unglücklichen!

Aus Nr. 169 des Wielkopolanin
vom 17. Juli 1901:

Ein Ort, in welchem sich ein polnischer Arzt niederlassen könnte, ist Altkloster, ein im Kreise Bomst, an der Chaussee gelegenes, stark bevölkertes Dorf mit wohlhabender Umgegend. Der Arzt könnte auf eine Praxis von mindestens 20 Dörfern rechnen, von denen manche zum nächsten Orte 20 Kilometer Wegs haben. Altkloster selbst hat etwa 1200 Einwohner, es besitzt eine katholische und eine evangelische Kirche, ein Distriktsamt, 4 Lehrer, 2 Zigarrenfabriken, in denen 100 Arbeiter beschäftigt werden und ist Mittelpunkt einer katholischen Parochie, welche über 4000 Seelen zählt. Vor kurzem starb daselbst der durch den H.-R.-L.-Verein aus einer entfernten Gegend herbeigeholte junge Arzt. Aus diesem Grunde fand derselbe von Seiten der Bewohner Altklosters wenig Unterstützung, man sandte häufig nach anderen Ärzten, wenngleich dieselben vom Orte weit entfernt wohnten. Die üble Lage dieses Herrn scheint den Sakatisten den Muth genommen zu haben; nach seinem Tode hat sich hier noch kein Arzt niedergelassen. Zweimal wöchentlich kommt ein Arzt aus dem 13 Kilometer entfernten gelegenen schlesischen Städtchen Schlawe herüber. Vor mehreren Jahren starb in Altkloster ein polnischer Arzt, welcher eine bedeutende Praxis hatte und dem es sehr gut ging. Die Bewohner des Ortes und der Umgegend sind fast ausschließlich katholisch, die der Parochie Altkloster und der benachbarten Parochie Schuffenze sind überwiegend Deutsche, die benachbarten Parochien Brenno und Briment dagegen sind fast ausschließlich von Polen bewohnt. Im allgemeinen kann man wohl annehmen, daß der Arzt die Hälfte seiner Praxis unter Deutschkatholiken, die andere Hälfte unter Polen ausüben würde. Kaum der zwanzigste Theil der hier anässigen Bevölkerung ist protestantisch. Die am Orte befindliche Apotheke ist vor Kurzem aus den Händen eines Deutschkatholiken in protestantischen Besitz übergegangen. — Der Interessent müßte ein Pole oder ein Deutschkatholik sein, welcher gut polnisch spricht, er müßte sich von dem daselbst auf der Tagesordnung stehenden Sturme der Politik fernhalten. Dann wird er mit Sicherheit auf guten Erfolg rechnen können. In jedem Falle aber, meine ich, wird er einen bessern Erfolg aufzuweisen haben, als in manch einem kleinen Städtchen, woselbst er

sich oft als Dritter oder Viertes in der Reihe niederläßt. Alsdann aber wäre es schade, diese fast rein katholische Gegend eine Beute des Protestantismus werden zu lassen, welcher sich mit Hilfe der protestantischen Intelligenz daselbst immer mehr einzudrängen sucht. In einer geeigneten und billigen Wohnung mangelt es nicht, da in letzter Zeit einige neue und ansehnliche Häuser gebaut worden sind.

Aus Nr. 163 des Oredownik
vom 19. Juli 1901:

Aus der Gegend von Gostyn

schreibt man uns:

Hier in der Umgegend ist ein polnisches Gut Tworzynski, das für die Stablewski'schen Erben verwaltet wird.

Obgleich das ein polnisches Gut ist, ist darin vom 1. Juli ab deutsches Regiment eingeführt worden, indem man die Verwaltung einem deutschen Bevollmächtigten übertrug, der natürlich einen deutschen Beamten eingesetzt hat. Die Herren Deutschen haben sich auch tüchtig an die Arbeit gemacht, indem sie die polnischen Wirtschaftsbücher kassierten und deutsche einführten.

Es ist schwer begreiflich, wie diejenigen, welche im Namen der Erben darüber zu entscheiden haben, mit einem Male ein solches Vertrauen zu der deutschen Wirtschaft in einer rein polnischen Gegend gewonnen haben, wo sie zum Sommeraufenthalt weilen, in einer Gegend, die von Musterwirthschaften umgeben ist, wie die des Grafen Marzell Roltowski, des Herrn von Loffow, des Grafen Mielzynski, der Herren von Kurnatowski, von Modlibowski, des Fürsten Czartoryski, der verwitweten Frau von Potworowska u. s. w.

Ich hätte viel zu sagen, aber ich enthalte mich dessen, meine Meinung, zu sagen, damit mich manche Leute nicht falsch beurtheilen. Ich unterbreite die Sache dem Urtheil der öffentlichen Meinung, und glaube, daß die Blätter, welche das Wohl der Gesamtheit im Auge haben, die Sache zur Sprache bringen werden.

Aus Nr. 322 des Kuryer Poznański
vom 19. Juli 1901:

Dobrycz, 17. Juli 1901.

Am Sonntag, den 14. d. Mts. fand bei uns ein Sommervergüßen des Industrievereins im Walde in der „Neuen Welt“ statt, der dem Grafen Czarnecki gehört. Wir sagen ihm an dieser Stelle dafür, daß er uns im Walde Aufnahme gewährt hat, herzlichen Dank.

Die ganze polnische Bevölkerung erwartete mit Sehnsucht den Augenblick, in welchem sie ausruhen konnte nach der Betrübnis, die uns hier zugestoßen ist. Man gestattete uns zwar das Vergüßen im Walde, untersagte uns jedoch den Ausmarsch mit Musik.

Derjelbe Herr Brandenburger, der zum ersten Male mit bewaffneter Macht in die Kirche eingebrungen war, hat mit großer Zuneigung für uns folgenden Bescheid gegeben:

„Die Genehmigung zu dem beantragten öffentlichen Ausmarsch und Einmarsch wird versagt, da infolge desselben eine Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung zu befürchten ist.

Brandenburger.

Der Landwehrverein darf lärmend und mit Musik die Stadt verlassen, man darf sogar mit deutschen Gefängen nach 10 Uhr in einem öffentlichen

Lokal die von der Werktagsarbeit ermatteten Bewohner wecken, es ist sogar gestattet, durch ein neben dem katholischen Hospital aufgestelltes Karussell die Kranken nervös zu machen, denn das ist keine „Störung der öffentlichen Ordnung“. Aus diesem Anlaß ist unsere Bevölkerung sehr beunruhigt. Ungeachtet des Verbots vergnügte man sich im Walde, wozu die Vereine aus Pleschen, Koschmin und Jarotschin und zahlreiche Gäste aus der Umgegend beigetragen haben. Ehre ihnen für die Unterstützung unseres Vereins! Am Abend kehrten wir ruhig nach Hause zurück, um die „öffentliche Ruhe und Ordnung nicht zu stören.“

Aus Nr. 160 des Dziennik Kujawski
vom 17. Juli 1901:

Aus Breschen.

Ob die Stadt Breschen ihren Namen von dem Fluße Brzesnica oder letzterer seinen Namen von der Stadt herleitet, ist den Breschenern ganz gleichgiltig, ob aber die Schule für die Kinder, oder die Kinder für die Schule da sind, ist für sie eine Frage von großer Bedeutung, wie sie dies in Sachen des ihren Kindern in fremder Sprache erteilten Religionsunterrichts bewiesen haben und noch beweisen. Andererseits liegt es dem dortigen Kreischulinspektor sehr daran, die Eltern und Kinder für den Religionsunterricht in deutscher Sprache zu erwärmen und sie an ihn zu gewöhnen, widrigenfalls die Widerspenstigen von dem offiziellen Schulbesuch vor Beendigung des 16. Lebensjahres nicht befreit werden. Nachdem ich in letzter Zeit von einem Vorfall in Breschen Sachen gelesen habe, welchen Glauben zu schenken, rein unmöglich schien, habe ich den Sachverhalt an Ort und Stelle erforcht und kann nunmehr Bestimmtes hierüber mittheilen.

Zur Charakterisirung der Verhältnisse will ich eine Erwiderung des dortigen Schulinspektors veröffentlichen, welche einem Herrn S. erteilt worden ist, der mir das Schreiben gütigst zur Verfügung gestellt hat. Es lautet:

Königl. Kreischulinspektion.

J.-Nr. 1167/01.

Herrn

Breschen.

Ihr Erlaubnißgesuch vom heutigen Tage kann ich, — wie ich Ihnen bereits mündlich mittheilte, nicht genehmigen, da Ihre Tochter der Schule den Gehorsam verweigert und zwar ausdrücklichen staatlichen Anordnungen gegenüber. Falls Ihre Tochter aufhört, sich im Religionsunterricht widerspenstig zu erweisen, bin ich gern bereit, einen viertägigen Urlaub zu genehmigen.

Bezugnehmend auf den weiteren Inhalt unserer Besprechung bemerke ich folgendes: Nach den bestehenden Bestimmungen wird Ihre Tochter Ostern 1903 entlassen, falls sie neben der sittlichen Reife sich in allen Unterrichtsgegenständen befriedigende Kenntnisse erworben hat. Falls Ihre Tochter fleißig und gehorsam ist, würde ich eine Entlassung zu Ostern 1902 wohlwollend in Erwägung ziehen; verharret sie aber bei ihrer Widersetzlichkeit gegen die von den Schulbehörden getroffenen Anordnungen, so wird eine Entlassung vor Ostern 1904 nicht möglich sein.

Der Kreischulinspektor.
gez. Winter.

Bronislawa S. beendet am 5. Mai 1902 ihr vierzehntes Lebensjahr und nach dem bestehenden Recht muß sie also zu Ostern 1902 aus der Schule entlassen werden. S. besucht z. Z. die Oberstufe.

Die Tochter des Herrn S. bildet aber keine Ausnahme; fast alle Breschener Kinder — man muß das öffentlich hervorheben — sind von demselben Geiste bezeugt. Sie trachten danach die Wahrheiten des Glaubens,

sowie die Wege kennen zu lernen, welche dem Menschen zu dem eigentlichen Ziel führen; sie wollen die Gebete kennen lernen, welche eine Unterhaltung mit Gott bilden, aber in ihrer Muttersprache und nicht in einer Sprache, in welcher sie die Gebete, wenn sie dieselben gelernt haben, nur als Worte ohne Verständniß wiederholen, als leere Laute für die Seele.

Wie sich Herr S. und die anderen Väter in dieser Lage zu verhalten haben, ergibt sich aus dem jüngsten Erlaß des Herrn Kultusministers, welchen ich unter Weglassung der Bestimmungen für Taubstumme und blinde Kinder hier wiedergebe.

„Die Schulpflicht beginnt mit dem auf das 6. Lebensjahr folgenden Aufnahmetermin. Die Regierung kann den Beginn aus örtlichen Gründen bis zu einem Jahre, der Kreisinspektor aus persönlichen Gründen (wegen zurückgebliebener körperlicher oder geistiger Entwicklung) auf angemessene Zeit hinauschieben. Die Entlassung erfolgt mit dem auf das 14. Lebensjahr folgenden Entlassungstermin. Die Regierung bestimmt, ob die Entlassung einmal oder zweimal im Jahre stattfindet. Bei nur einmaliger jährlicher Entlassung werden die Kinder auf Antrag der Eltern mit dem Schlusse des ersten Halbjahres entlassen, falls sie dann das 14. Lebensjahr bereits vollendet haben.

Der Ministerialerlaß bestimmt also, daß, wenn ein Kind die erforderlichen Fortschritte bis zum 14. Lebensjahre nicht gemacht hat, der Schulinspektor oder die Regierung das Recht besitzt, das Kind noch ein oder zwei Jahre in der Schule zurück zu behalten. Es fragt sich nur, ob die Unlust, welche die Bronislawa S. gegen den Religionsunterricht in der deutschen Sprache zeigt, ein hinreichender Grund ist, um ihre Fortschritte als nicht zufriedenstellend zu bezeichnen und sie 2 Jahre länger in der Schule zu behalten.

Die Schule in Breschen ist überfüllt, an Lehrkräften mangelt es, wenn die Schule also noch dazu von etwa 150 14- bis 15-jährigen Kindern besucht werden würde (das Verlangen des Schulinspektors würde aber zu nichts Anderem führen), dann müßten die Schulklassen noch um so und soviel erweitert und eine ganze Menge neuer Lehrkräfte angestellt werden, mit einem Wort, die bescheidene Schule in Breschen müßte in ein ungeheures Institut umgewandelt werden.

Aus Nr. 159 des Lech

vom 14. Juli 1901:

Strelno.

Auf einer schönen Anhöhe am Goplo-See hat der Gutsherr von Rzezyńsko, Herr Amrogowicz, auf einer hohen Marmorsäule eine schöne Figur der Mutter Gottes von Lourdes aufgestellt, unter welcher die Aufschrift prangt: „Mutter, verlaß uns nicht!“ Die Figur ist auf dem Orte aufgestellt worden, wo früher ein altes Kreuz stand, welches dem Zahne der Zeit erlegen ist. Die Figur stammt aus der bekannten Werkstätte von Stelmachowski (A. Rzyzanowski) in Posen.

Aus West- und Ostpreußen.

Aus Nr. 163 der Gazeta Toruńska

vom 19. Juli 1901:

In dem Schlußsatz eines

„Wir und das Zentrum“

überschriebenen Artikels der Gazeta Toruńska heißt es:

Auf einen Befehl oder wenigstens auf einen Wink von obenher gründen die Deutschkatholiken besondere Vereine, bewegen sie Polen, diesen beizutreten und schließen sie die polnische Sprache aus solchen Vereinen aus. Anfangs sind diese Vereine dem Anschein nach unschuldige Lämmer, aber bald zeigen sie ihre scharfen Krallen. Es beginnt ein Krieg gegen die rechtmäßigen Präpöste, Petitionen, Denunziationen, Forderungen der Vermehrung der deutschen Predigten und Andachten. Immer geschieht das mit Erfolg, während andernteils die Bitten von Polen um Einführung polnischer Predigten nie berücksichtigt zu werden pflegen, — denn so gebietet es die Politik, — und das ist das Wichtigste. Wer wird auf die Bitten des „polnischen Backs“ achten?! Die Petitionen wandern in den Papierkorb und wenn in seltenen Fällen nach langer, langer Zeit der von einem die Polen hassenden Würdenträger diktierte Bescheid einläuft, so pflegt er nicht wohlwollend, sondern fast stets ablehnend zu sein.

Dieserjenigen Geistlichen, welche die Sitzungen unserer Vereine besuchen, sind schwarz angeschrieben, und wenn sie je in Versuchung kommen sollten, sich um eine Pfarre fiskalischen Patronats zu bewerben, so ist der Besuch einer polnischen Versammlung eine schlechte Note. Ein solcher Geistlicher bekommt eine derartige Pfarre nie, im Gegenteile, Rügen und Sticheleien sind ihr Theil. Beweise könnten die jüngeren Geistlichen liefern, gegen welche der Präsident sein Veto eingelegt hat, und es bedurfte langer Umschweife, Schreibereien und Berufungen, selbst bis an den Minister sogar, ehe ein solches Vergehen ausgetilgt war.

Ein in die Augen fallender Beweis war die Angelegenheit des Pfarrers Cz. in Ch. Weil er an den Sitzungen eines polnischen Vereins theilgenommen hatte, erhob man Beschwerde über den „dreisten Kaplan“, sowie deswegen, weil er eine Mickiewiczfeier veranstaltet hatte. Das also soll eine Sünde, ein Grund zur Beschwerde sein! Ist das in einem ordentlich und gesetzmäßig fungirenden Staatswesen möglich? Will man oben, daß unsere Gewerbetreibenden sich in den Kneipen herumtreiben, an sozialdemokratischen Versammlungen theilnehmen?

Es scheint fast, daß das der Regierung lieber wäre, als eine Versammlung eines polnischen Vereins, sonst würde man einen Priester nicht deshalb rügen, weil er die Sitzungen eines Vereins besucht. Wenn Prälaten, Domherren oder Professoren aus Pöplin nach Danzig fahren zu dem Feste irgend eines deutschen Vereins, — ja! — das ist hübsch, lobenswerth. Ein trauriges Zeichen von Gerechtigkeitsgefühl!

Was das Traurigste ist, — unsre geistliche Behörde hat sich zu keinem energischen Bescheid in diesem Sinne aufgeschwungen! Den Pfarrer Cz. können wir dafür, daß er die Sitzungen des polnischen Vereins in Culmsee besucht hat, nur loben, und wir werden von unserm Alerus fordern, daß er im Sinne der Befehle des heiligen Vaters der Vereine sich eifrigst annehme. Vielleicht kann die geehrte Redaktion etwas darüber erfahren und dem breiteren Publikum mittheilen? Für den Fall nämlich, daß der Geistliche Cz. dafür irgend eine Rüge erhalten sollte, werden wir uns mit dieser Sache etwas ausführlicher befassen; — es wird eine Reihe von Artikeln folgen, denen an Offenheit nichts abgehen wird.

Möge man sich ärgern, möge man schimpfen, soviel man will, mögen in den Kongregationen

unterwürfige Leute vielleicht in gutem Glauben, nicht wissend, was man über uns denkt, und wie man uns verächtlich behandelt, in den Kongregationsprotokollen Ausdrücke des Verdamms und der Entrüstung aufnehmen, was übrigens zur Kongregation garnicht gehört, — (aber von unbequemem Verdachte reinigt. Red.) möge alles das geschehen, sage ich, wir lassen uns nicht verächtlich behandeln. Wenn auf andere Weise unsere Stimme, unsere Beschwerden nicht gehört werden sollen, so wollen wir zu der Macht unsrer Zeit, zu der Presse, unsere Zuflucht nehmen und hier unsere Seufzer niederlegen, die Unbill an den Tag bringen, — möge das schmerzen, wie es wolle!

Seit den Wahlen in Westfalen ist man dem Anschein nach davon abgekommen, in Wirklichkeit aber nicht. Hier wie dort herrscht Ungleichheit vor dem Gesetz und hinsichtlich der Gerechtigkeit in der uns zutheil werdenden Behandlung. Mit Ausnahme der einzigen kölnischen Volkszeitung tritt kein anderes katholisches Blatt für uns ein. „Wahrheit, Freiheit und Recht“, das ist angeblich die Devise des Zentrums, man muß jedoch hinzufügen: „Aber nur für uns.“ Von den Abgeordneten nimmt selten einer für uns das Wort, — im Gegentheil, man hat uns versichert, es bilde sich immer mehr eine Animosität gegen uns heraus. Wenn die Sozialdemokraten ebenso scharf für uns eintreten, wie für ihre Forderungen, wer weiß, ob das Volk nicht aufhören würde, auf die Stimme seines Führers zu achten, und ob es nicht seine Stimme den Sozialdemokraten geben würde, — denn Verzweiflung und Unbill rauben die Ruhe und den Gleichmuth.

Unter den die Sache nüchtern Betrachtenden giebt es Leute, die da sagen, es werde nicht lange dauern, so werde das Volk für die sozialdemokratische Partei stimmen. (Mittelt geschickter Taktik kann man das verhindern. Red.)

Mit wem sollen die Unsern in Westfalen sich verbinden, für wen sollen sie ihre Stimmen abgeben? Meiner Ansicht nach gleichwohl für den Zentrumsmann Hintelen. Es ist das ein angenehmer, einflußreicher, uns wohlgesinnter Mann, er könnte uns durch seine Bedeutung also beim Zentrum viel helfen und vielleicht die gleichgiltige Stimmung in eine uns ein wenig wohlwollendere umwandeln. Wenn die Zentrumsleute übrigens Dummheiten machen, so seien wir vernünftiger, — wir dürfen nicht falsch verfahren. Wir erachten die Vertheidigung des Glaubens und der Kirche auch noch als die erste Pflicht; mögen bei uns angesichts des Schwindens höherer Ziele, angesichts des Lobpreisens der Gewaltthätigkeit, des Sichbückens vor der herrschenden Macht, stets der Glaube, die Kirche, die Nationalität und die Gerechtigkeit an erster Stelle für Alle das einzige und erhabene Ideal und Ziel sein, dann werden wir hochstehen und niemand wird uns verachten können, noch dies zu thun wagen. Darum bin ich dafür, daß die Unsrigen trotz alledem für den Zentrumsmann eintreten.“ (Die Sache ist von den berufenen Wahlbehörden entschieden worden, was unser geehrte Korrespondent beim Schreiben obigen Artikels nicht wissen konnte. Red.)

Aus Nr. 165 der Gazeta Toruńska
vom 21. Juli 1901:

Unbegründeter Aerger.

Die Berliner Germania ist aus Anlaß der Aufstellung einer polnischen Kandidatur am Rhein schrecklich ärgerlich. Dieser Aerger ist ganz grund-

los; denn die Zentrumsleute haben sich ja doch an die polnischen Wahlbehörden des Emigrantenthums nicht mit dem Vorschlag eines Kompromisses gewendet. Dagegen suchten sie im Geheimen einflußreiche Personen zu bewegen, die Polen wie gedankenlose Hammel in den Zentrumsstall zu treiben. Dabei sind sie aber schlecht abgeschnitten. Auch haben sich die Zentrumsleute verrechnet, als sie sich an den Wiarus Polski mit folgenden Worten wandten: „Die Polen sollten für den Zentrumsmann stimmen, und sie werden so handeln, wie es der Wiarus ihnen anbefiehlt. Wenn die Polen nicht für den Zentrumsmann eintreten, dann werden wir ein besonderes polnisches Komitee bilden, für die Polen Volksversammlungen einberufen und uns Redner aus dem Posen'schen verschaffen.“ Angesichts dieser Worte betrachteten die Leiter des Wiarus Polski alle Verhandlungen mit den Zentrumsleuten für überflüssig, und da sie diesen Leuten zeigen wollten, was das Volk von ihnen denkt, erariffen sie in Sachen der Kandidatur nicht das Wort, das von den Zentrumsleuten ignorierte polnische Wahlkomitee aber hat gegen diese Partei entschieden. Wenn die Zentrumsleute nicht den Dünkel fahren lassen und mit den Wahlkomitees nicht in Verhandlung treten, so können sie auch in der Stichwahl nicht auf Unterstützung seitens der Polen rechnen.

Hierzu meint der Drendownik in Nr. 166 vom 23. Juli: „Die der Zentrumsparthei angehörenden Deutschkatholiken werden ganz bestimmt dahin arbeiten, das polnische Volk zu entzweien, sobald es bei den Wahlen zum prinzipiellen Konflikt kommt zwischen dem nationalen Standpunkt des polnischen Volkes und den katholischen Interessen des Zentrums. Dieses System praktizirt das Zentrum gegenüber dem polnischen Volke schon seit einigen Jahren. Es betrachtet das polnisch-katholische Volk als seine politische Domäne, wo die katholischen Interessen der Deutschen das erste Wort zu sprechen haben, nicht aber die polnisch-nationale Sache. In Ermeland und Oberschlesien haben die Zentrumsleute neben den national-polnischen Zeitungen ihre polnisch-katholischen. Die Gazeta Katolicka in Beuthen zählt 3000 Abonnenten unter dem polnischen Volke. Sobald die nationale Bewegung mehr anwachsen und das polnische Volk in Oberschlesien und in Ermeland zu immer stärkerer bürgerlicher Selbständigkeit gelangen wird, wie wir sie schon an unseren Landsleuten in Westfalen sehen, wird das Zentrum sich mit seinen polnischen Organen nicht begnügen, und wer weiß, ob es nicht unter seinem Kommando stehende polnische Wahlkomitees gründen wird. Damit ist in Zukunft zu rechnen, und es gilt, bei Zeiten im Volke eine solche bürgerliche Selbständigkeit zu entwickeln, daß das polnische Volk, befähigt zum Organisiren und Agitiren, die Seitenangriffe des Zentrums wirksam abwehren kann.“

Aus Nr. 87 der Gazeta Gdańska
vom 20 Juli 1901:

Den in Danzig sich aufhaltenden Landsleuten theilen wir mit, daß auf den künftigen Sonntag, den 21. d. M., der Ablass der Mutter Gottes in der Josephkirche entfällt und daß dabei polnische Predigt bei der Hauptandacht um 10 Uhr gehalten wird. Leider hat man nach in Danzig gewohnter Weise unterlassen, die am vorigen Sonntag zur polnischen Predigt in der Nikolauskirche erschienenen polnischen Katholiken davon in Kenntniß zu setzen, darum wissen viele von ihnen nichts davon, daß am künftigen Sonntag in der Josephkirche, und nicht

wie gewöhnlich in der Nikolauskirche polnische Predigt sein wird. Es ist das der beste Beweis dafür, wie tiefmütterlich man die katholischen Polen in Danzig in seelsorgerischer Beziehung behandelt. Soviel wir wissen, hat man sich in dieser Angelegenheit an die bischöfliche Behörde mit der Bitte gewandt, eine Aenderung zum Besseren zu veranlassen, leider ist bisher, obwohl bereits 8 Monate verstrichen sind, noch kein Bescheid eingegangen.

Aus Nr. 153 des Goniec Wielkopolski
vom 17. Juli 1901:

Korrespondenz des „Goniec Wielkopolski“

Zoppot.

Schon seit vielen Jahren war die Zahl der Badegäste nicht so gering, wie in diesem. hauptsächlich sind unsere russischen Landsleute nicht erschienen. Die deutschen Zeitungen lamentiren aus diesem Grunde, denn die Geschäftsläden sind leer, die Verdienstverhältnisse verschwindend, und wenn, wie gesagt, sich die Badegäste zurückziehen, dann muß so mancher Konkurs erwartet werden. Die drei Sommermonate bieten hier vielen deutschen Unternehmungen ihre Existenz, indem sie während derselben soviel verdienen, daß sie den ganzen Sommer hindurch hiervon leben können. Für uns ist das ein erfreuliches Zeichen, daß sich unseren Landsleuten endlich die Augen geöffnet haben, daß sie endlich die Ausbeutung und die Hafatistenhege einsehen, welche sich bemüht, den polnischen Badegästen den Aufenthalt in Zoppot zu vereiteln. Ausflügen und polnischen Vergnügungen werden Hindernisse und Schwierigkeiten bereitet, in den Lesehallen wird den polnischen Zeitungen kein Werth beigelegt, polnische Kompositionen werden von dem Konzert-Programm abgesetzt, mit einem Worte: „die polnische Sprache wird ignoriert.“

Mögen daher die Deutschen lamentiren wie sie wollen, daß die polnischen Gäste in Zoppot fehlen — wie sie sich gebettet haben, so sollen sie schlafen. Unseren Landsleuten wünschen wir nur, daß sich ihnen die Augen immer mehr öffnen möchten. — Hierbei müssen wir erwähnen, daß die erfreuliche Erscheinung immer mehr in den Vordergrund tritt, daß die polnischen Pensionate in Zoppot überfüllt sind — denn soviel Polen finden sich doch noch immer ein, um diese zu besetzen.

Daher ist auch das Geschäft derselben ein leidliches, was wir ihnen aus ganzem Herzen wünschen.

Aus Nr. 164 der Gazeta Toruńska
vom 20. Juli 1901:

Ein merkwürdiger Polizeieinsatz.

Der Wirthschaftsbesitzer Andreas Nowakowski in Borken, Kreis Culm, schickt zwei Töchter zur Schule, denen er für sein eigenes Geld Bücher und Schreibhefte gekauft hat. Der Ortslehrer schrieb auf den Büchern und Heften der Mädchen den Namen „Nowakowski“, obgleich im Standesamt der Name ihrer Mutter mit „Nowakowska“ eingetragen ist. Herr Nowakowski korrigirte daher die fehlerhaft geschriebenen Namen seiner Töchter.

Aus diesem Anlaß verklagte ihn der Herr Lehrer bei dem Amtsvorsteher, und dieser untersagte Herrn Nowakowski unter Androhung einer Strafe von 30 Mark, in Zukunft auf die Bücher und Hefte etwas zu schreiben, insbesondere das zu verbessern, was der Lehrer geschrieben habe.

Dieser berühmte Ukas lautet wörtlich:

Amt R i s i n.

Nach der Anzeige des Lehrers Wengel-Borken haben Sie die von dem Lehrer in die Schulbücher und Hefte Ihrer Töchter eingeschriebenen Namen Nowakowski in Nowakowska abgeändert.

Ich mache Sie darauf aufmerksam, daß Sie sich jeder Eintragung in die Schulbücher und Schulhefte Ihrer Kinder und besonders einer Abänderung von Eintragungen und Bemerkungen des Lehrers in dieselben zu enthalten haben.

Für jede Uebertretung dieses Verbotes wird in Zukunft eine Strafe von 30 Mark (dreißig Mark) gegen Sie festgesetzt werden.

A d l. Neudorf, den 27. Juni 1901.

Der Amtsvorsteher.
(Unleserliche Unterschrift.)

An den Besitzer

Herrn Andreas Nowakowski
zu

J.-N. 442.

Borken.

Selbstverständlich hat sich Herr Nowakowski nicht gefügt; denn weder hat der Lehrer das Recht, die Namen der Kinder willkürlich zu ändern, noch kann der Herr Amtsvorsteher rechtsgültige Ukase in Sachen der Schreibweise der Namen oder der Schulbücher und Hefte erlassen, denn das ist nicht seine Sache.

Man theilt uns mit, der Lehrer verlange von den Töchtern des Herrn Nowakowski, sie sollten sagen, daß sie „Nowakowski“ heißen, aber selbst die sechsjährige Helene wiederholt, sie heiße „Nowakowska“.

Wir sind neugierig, worin das Interesse des preussischen Staates beruht, der einen Krieg gegen den Buchstaben „a“ hervorruft und bewirkt, daß schon sechsjährige Kinder gleich beim Betreten der Schule, die sie für das Deutschthum gewinnen soll, mit einem öffentlichen Beamten in Konflikt gerathen. Augenscheinlich sind die Polen allzu loyal gegenüber dem preussischen Staate, und daher händeln seine Verteidiger mit Kleinigkeiten an. Fürwahr, es ist die höchste Zeit, daß wir zur extremsten Opposition und zu energischerer Verteidigung unserer Rechte übergehen.

Aus Nr. 163 der Gazeta Toruńska.

vom 19. Juli 1901:

Ueber den landwirthschaftlichen Nothstand.

läßt sich eine Korrespondenz der Gazeta Toruńska aus. Am Schluß derselben heißt es:

„Die Herren Minister fahren hin und her, empfangen Diäten, nehmen an Schmausereien theil und kündigen ab und zu irgend einen Unterstützungsplan an. Ein hübscher voller Trost ist das zwar, aber keineswegs eine Hilfe. Wenn sich nur dieser Minister rühmen konnte, er habe so und soviel Millionen Ueberschuß, wenn nur ein anderer ihn übertreffen, ein dritter mehr, wie die beiden Vorigen zusammen an Ueberschuß aufweisen kann, da ist die Freude und die Zufriedenheit groß. Ob aber dabei so und so viele Bauern oder große Güter zu Grunde gehen, — hol sie der Teufel! Die Ansiedelungskommission wird sie aufkaufen, — wer wird sich da um menschliches Elend den Kopf zerbrechen. In linder Weise sind die Abgaben einzuziehen, aber eingezogen müssen sie werden! Sie schenken?! Seid ihr verrückt geworden? Wer hat euch auf solche Gedanken gebracht? Mit allen den Zusammenkünften und Berathungen, Essen und Reden voll

gegenseitiger Vorhimmlung, Umfahrten auf der Weichsel — ist bisher nicht geholfen worden, — ich wenigstens habe von keiner Hilfeleistung gehört.

Wenn da irgendwo in der Ferne 7 Millionen für Westpreußen versprochen werden, so zweifle ich, ob diese für den einzigen Kreis Thorn hinreichen werden. Es giebt untrüglich Wege der Hilfeleistung, und nicht bloß einen. Möge uns der Herr Eisenbahnminister Heu, Stroh, Saatgetreide und Viehfutter um 50 Prozent billiger befördern, Kohlen und Holz natürlich auch! Möge der Herr Landwirtschaftsminister nachweisen, woher Heu und Stroh und Torfstreu zu beziehen ist, möge er selbst gestatten, daß diese Sachen in einem Zeitraum von 6 Jahren allmählich und zinslos bezahlt werden können, — das wird eine hübsche Hilfeleistung sein. Möge sich heut die An siedelungskommission und -Direktion auflösen! Mögen die übrig gebliebenen Millionen unter die vom Nothstand betroffenen Kreise vertheilt werden — so wird das eine wahre, wirkliche und wirksame Hilfe sein, — aber dazu werden sich die einschlägigen Herrschaften wohl nicht aufschwingen. Für uns wird es wohl kaum Hilfe geben.

Ich lese jedoch den Bericht über Rapperswyl, daß dort ein „Nationalschatz“ von etwa 250 000 Mk. vorhanden ist. Dieser Schatz ist ein Dorn im Auge und er hat schon verschiedene Weiterungen zur Folge gehabt. Die großen Freunde der polnischen Bevölkerung, die Herren Milkowski und Lewakowski, würden die Bezeichnung großer Freunde und Wohlthäter des Volkes verdienen, wenn sie mittelst dieses Schatzes den und jenen Landwirth bei uns und im Großherzogthum unterstützen würden. Denn daß so mancher aus seinem Anwesen hinausfliegen wird, steht fest; die Erhaltung eines solchen Armen aber durch die Gewährung eines Darlehns oder einer Beihilfe von einigen 100 Franken wäre eine erzpatriotische That, die Niemanden Prozeß und Unannehmlichkeiten aussetzen, den Ruhm Rapperswyls aber von Meer zu Meer tragen würde.

Bitte ergebenst darum

P. aus dem verlorenen Winkel.

(Wir glauben nicht, daß der Appell des geehrten Korrespondenten irgend welchen Erfolg haben wird. Red.)

Aus Nr. 83 des Pielgrzym

vom 16. Juli 1901:

Aus dem Kreise Stargard.

Die Gendarme werden demnächst über Ueberbürdung klagen. In Dobrzyca, im Großherzogthum, ist der Bürgermeister mit den Gendarmen in die Kirche eingedrungen, als der Pfarrer Mizinski mit den Kindern Unterricht hatte. Hier bei uns, in einem in der Nähe einer Stadt gelegenen Dorfe, ging auf Anordnung des Landraths der Gendarm von einem Hause in's andere und fragte die Kinder, ob und wer sie im polnischen Lesen unterrichtete. In der Stadt selbst veranstalteten die Gendarmen an den Wochenmarktstagen und Kirchweihfesten eine förmliche Jagd auf Rosenkränze, Skapuliere, Kreuze, Gebetbücher und Jubiläumsbrotschüren, indem sie verbieten, diese Sachen zum Verkaufe auszustellen.

Dasselbe geschah auch in Neukirch bei Pielplin während des Ablasses der Heimsuchung der Mutter Gottes. Die Gendarmen, es waren ihrer mehrere, verboten den Verkauf polnischer Gebetbücher, indem sie jedoch dabei gleichzeitig bemerkten, daß es gestattet sei, deutsche Bücher zu verkaufen.

Das polnische Gebet, der polnische Katechismus und das polnische Gebetbuch, das sind also verbotene Früchte, bisher besonders für die Kinder und für die Jugend, von jetzt an aber auch für Erwachsene. Dagegen zwingt man aber die Kinder in den Schulen, deutsch zu beten, man giebt ihnen sogar deutsche mit Goldschnitt versehene Bücher, wenn nur die Kinder darin beten wollten. Auf einem Vorwerke, woselbst es schwer fällt, die Abgaben zu bezahlen, wollte die protestantische Gutsbesitzerin die polnischen Kinder zu Weihnachten mit deutschen Gebetbüchern beschenken, die Kinder nahmen diese Bücher jedoch nicht an, obgleich der Einband sehr schön war. Die Leute schütteln die Köpfe über die Freigebigkeit, deutsche Bücher zu schenken, darüber, wo das Geld für diese Bücher herkommen mag, wo dieser Zwang für den deutschen Katechismus und das deutsche Gebet von Seiten solcher Personen herrührt, die doch häufig selbst weder beten, noch die Kirche besuchen, noch zum Abendmahl gehen. Auf solche Fragen giebt man sich die Antwort: Wir kennen euch! Es ist euch nicht um das Gebet zu thun, sondern vielmehr um die Germanisirung. Durch das deutsche Gebet und durch den deutschen Katechismus wollt ihr unseren Kindern die polnische Sprache rauben, ihr wollt sie zu Deutschen machen, das allein ist eure Absicht. Daher empfinden die Eltern und die Kinder Abscheu gegen den deutschen Katechismus und das deutsche Gebet; bei jeder sich darbietenden Gelegenheit zeigen sie ihre Entrüstung darüber, daß man heilige Sachen zu niedrigen Zwecken verwendet.

Das Posener Tageblatt wirft den Polen blinden Fanatismus deshalb vor, weil sie das deutsche Gebet ausdrücklich als Sünde bezeichnen. Augenscheinlich hat der jüdische Schreiber vom zweiten Gebote Gottes nichts gehört, welches lautet: Du sollst den Namen deines Gottes nicht unnützlich führen. Gegen dieses Gebot sündigen nicht nur diejenigen, welche den Namen Gottes ohne Ehrfurcht aussprechen, sondern nicht minder auch die, welche beim Beten nicht an Gott denken, gleichviel, ob sie deutsch oder polnisch sprechen. Daher sprechen die zum deutschen Beten gezwungenen polnischen Kinder, welche anfangs garnicht und später nur wenig deutsch verstehen, das Gebet gedankenlos, ohne Andacht, und daher loben sie Gott auch nicht im Geiste und in der Wahrheit, sondern sie verachten ihn, wie geschrieben steht: „Dies Volk nahet sich zu mir mit seinen Lippen, es ehret mich mit seinem Munde, aber sein Herz ist ferne von mir.“ Das Plappern des Gebetes in einer unverständlichen Sprache, dies Rezitiren desselben zwecks Erlangung der Fertigkeit in der deutschen Sprache ist jedoch nicht die Sünde der Kinder, sondern vielmehr die Sünde derer, welche die Kleinen dazu zwingen. Diese Wahrheit, welche so klar ist, wie die Sonne, wollen die Skafatisten und ihre Anhänger absichtlich nicht anerkennen.

Aus Oberschlesien.

Aus Nr. 28 der Praca
vom 14. Juli 1901:

Wir wollen keine deutschen Abgeordneten.

(Eine Stimme aus Oberschlesien.)

Betrachten wir zunächst einmal, wie die deutschen Abgeordneten, welche das obereschlesische Volk als seine Vertreter nach Berlin entsendet, des Volkes nationale und politische Angelegenheiten vertreten.

Vergeblich würden wir auf die Klagen Seitens der gegenwärtigen Abgeordneten in Oberschlesien über die Germanisirung durch deutsche Geistliche, welche gleichsam ein Schmarotzer ist, der die Nationalität des polnischen Volkes von der Wurzel ab zu vernichten sucht, warten müssen. Von ihnen ein Wort der Kritik über die unerhörten Verhältnisse zu fordern, daß der polnische Gesang aus der Kirche verbannt ist, daß die deutschen Predigten, der deutsche Beichtunterricht die Gemüther für die Germanisirung zubereitet, das würde bedeuten, von ihnen zu verlangen, selbst die Art an den Ast zu legen, auf welchem sie sitzen. Sie alle verdanken ihre Mandate doch nur dem System, dank dessen die Germanisirung ihre Opfer in der Kirche sucht.

Von diesem allergrößten Unrechte, welches dem polnischen Volke widerfährt, schweigen diese Abgeordneten vollständig.

Dies polnische Volk, welches heutzutage überwiegend aus der armen Landbevölkerung und der besitzlosen Klasse der Arbeiter besteht, braucht Beschützer und Fürsprecher nicht nur in solchen Sachen, wie es die Germanisation durch die deutschen Geistlichen ist, sondern auch in den Erwerbsangelegenheiten, wenn es sich darum handelt, der Ausbeutung durch die deutschen Arbeitgeber und reichen Unternehmer vorzubeugen. Das Los des Fabrikarbeiters, des Bergmannes in den Gruben, des kleinen bäuerlichen Besitzers ist heutzutage mit Rücksicht auf die Steuerlast, den niedrigen Verdienst, die unerhörte Theuerung, die Unternehmungssucht der deutschen Arbeitgeber, welche sich mit Hilfe des polnischen Arbeiters Millionen erwerben, ein geradezu bedauernswerthes zu nennen.

Haben wir denn jemals gesehen, daß die deutschen Abgeordneten aus Oberschlesien im Abgeordnetenhaus oder im Reichstage zum Schutze dieses ausgebeuteten Volkes aufgetreten wären? Niemals! Wir sehen zwar, wie sich der schätzenswerthe Abgeordnete Szmulca Jahr für Jahr darum bemüht, daß die Verwaltungsbehörden den polnischen Arbeitern, welche in der Landwirthschaft und in der Industrie Beschäftigung suchen, keine Schwierigkeiten bereiten, aber auch das geschieht aus Rücksicht auf die großen Unternehmer und Grundbesitzer, welche ohne den polnischen Arbeiter nicht bestehen können. Und so ist denn schließlich das polnische Volk Oberschlesiens zu der Ueberzeugung gelangt, daß sich diese Abgeordneten, obgleich sie ihre Mandate dem polnischen Arbeitervolke verdanken, dennoch als Vertreter der großen deutschen Besitzer und Unternehmer fühlen, und wenn es zwischen dem polnischen Arbeiter und dem deutschen Unternehmer zum Streite kommt, so stellen sie sich stets auf die Seite des Unternehmers und des großen Besitzers.

Wenn sich jedoch diese Herren in Sachen des dem polnischen Volke auf dem Gebiete der Sprache in der Schule und Kirche und auf dem Erwerbs-

gebiete zugefügten Unrechts nach dieser Methode richten, so verfahren sie auch da nicht anders, wo es sich darum handelt, der Regierung alle die Ausschreitungen vorzuhalten und in Erinnerung zu bringen, welche sich die preussischen Verwaltungsbehörden besonders den polnischen Versammlungen und Vereinen gegenüber zu schulden kommen lassen. Gar oft beschränken Verbote von Vergnügungen, welche am Tage vor dem Stattfinden des festgesetzten Stiftungsfestes eines Vereins erlassen werden, nicht nur das Recht, sich zu vereinigen, sondern sie bereiten außerdem unseren Vereinen in Oberschlesien auch große Unkosten! Wieviele Kosten tragen die Polen für die Veranstaltung von Theateraufführungen, welche durch die Amtsvorsteher verboten werden, umsonst! Entspricht denn das den Vorschriften des Gesetzes, wenn einmal über das andere Versammlungen und Zusammenkünfte Hindernisse in den Weg gelegt werden? Sind denn nicht genug Fälle zu verzeichnen, in denen das Oberverwaltungsgericht später entschieden hat, daß die Polizei kein Recht hatte, zu dem, was sie gethan? Wer aber erregt den Theilnehmern der Versammlung die Bemühungen, die Kosten und den versäumten Tag, wenn sie umsonst aus den entlegenen Pfarochien zusammenkommen, um die Stimme der Gendarmen zu vernehmen, daß sie auseinanderzugehen und sich nach Hause zu begeben haben?

Diese und ähnliche Thatfachen sind unser tägliches Brot in Oberschlesien! Was sagen dazu die Abgeordneten, welche durch das polnische Volk gewählt und deshalb abgesandt sind, damit sie um dessen Unrecht sich bekümmerten? Nichts. Aufrecht gesagt: nichts! Sie sind stumm und taub, wenn sich das polnische Volk darüber beklagt, daß die Standesbeamten die altpolnischen Vor- und Zunamen nach der deutschen Mode verdrehen; sie hören die Klagen der Polen auch dann nicht, wenn die Landräthe hier und da so verschiedenen ruhigen Einwohnern den Konsens abspreschen, nur deshalb, weil sie polnische Zeitungen lesen!

Diese traurige Lage währt schon zu lange, als daß das polnische Volk nicht zu der Ueberzeugung kommen und sagen sollte, was es schmerzt. Die Wahl der Deutschen zu Abgeordneten hat schon bittere Früchte gezeitigt, und mit jedem Tage werden dieselben bitterer. Schon wieder kommen Projekte über die Vergrößerung der Flotte zum Vorschein. Für wessen Geld aber werden die Schiffe gebaut, nicht für das Geld dieses Volkes? Die Steuern werden wieder größer, das Brot wird ohnehin theurer; diese Abgeordneten aber werden sich durch den Willen des Volkes nicht binden lassen, um nicht das Militär zu vergrößern und nicht die Steuern zu erhöhen, sie werden vielmehr so verfahren, wie sie mit der Regierung übereinkommen, denn sie haben doch die allgemeinen deutschen Interessen im Auge, die polnische Armuth aber kümmert sie nichts.

In der Sache selbst kann man ihnen schwer einen Vorwurf daraus machen, denn wenn sie Deutsche sind, so müssen sie auch Deutsche bleiben, wenngleich sie auch vom polnischen Volke die Mandate haben. In der Welt zieht gewöhnlich eine Dummheit eine Reihe anderer Dummheiten nach sich: ebenso nehmen auch hier alle die Klagen und Vorwürfe aus einer Dummheit ihren Anfang und besonders aus der, daß sich unser Volk in Oberschlesien Deutsche zu Abgeordneten gewählt hat.

Es war das, wir wiederholen es, eine Dummheit, denn von einem Deutschen kann man doch nicht verlangen, daß er aus seiner Haut schlüpfen und polnische Bedürfnisse verstehen sollte. Im Gegen-

theil, diese Abgeordneten sind der Meinung, daß sie unserem Volke große Dienste leisten, wenn sie im Abgeordnetenhaus und im Reichstage von ihm sagen, daß das obereschlesische Volk gar nicht polnisch sei und daß nur die Agitatoren aus Großpolen dasselbe aufreizten.

Eine größere Demüthigung könnte dem polnischen Volke nicht widerfahren, als wenn das polnische Empfinden der Anhänglichkeit ans Vaterland, welches in seiner Brust glimmt, vor den Feinden verächtlich gemacht wird als künstliches Produkt der Agitation.

Jetzt muß sich das polnische Volk in Oberschlesien heizen vorbereiten, damit man ihm nicht wieder deutsche Führer aufdränge. Die Abgeordneten des polnischen Volkes gehören weder ins Zentrum, noch in eine andere deutsche Partei, sondern in die polnische Fraktion.

Schon in den Motiven des ersten Statuts der polnischen Fraktion war — wie heute der Vorsitzende der Abgeordnetenfraktion, Herr Heinrich Szuman, schreibt — im Jahre 1859 gesagt, daß der Zweck der Gründung der polnischen Fraktion die gemeinsame und solidarische Vertheidigung des Polenthums im ganzen preussischen Staate, im Großherzogthum, in West- und Ostpreußen, sowie in Oberschlesien sei. Im ersten Paragraphen des Statuts der polnischen Fraktion lesen wir, daß zu dieser Fraktion sämtliche Polen gehören, welche in Berlin ein Abgeordnetenmandat besitzen. Demnach haben der polnischen Fraktion auch die ersten durch das polnische Volk in Oberschlesien gewählten Abgeordneten angehört, es waren dies: der verstorbene Pfarrer Szafranek und der Landmann Gorzalka. Die älteren Leute in Oberschlesien gedenken noch der Zeiten, als man nicht für einen Deutschen, sondern für einen Polen gestimmt hat. Erst später kamen die Zentrumsleute und nahmen die den Polen zustehenden Stellen ein.

Doch auch in späterer Zeit erstarb keineswegs der Gedanke, daß Oberschlesien und das Großherzogthum Kinder einer Mutter seien und daß das polnische Volk hier und dort dasselbe sei. Im Jahre 1868 machte das polnische Zentralwahlkomitee ausdrücklich bekannt, daß es seine Pflicht sei, seine Thätigkeit auszudehnen und die polnische Bevölkerung Westpreußens und Oberschlesiens auch in den Bereich der Wahlthätigkeiten hineinzuziehen.

Heute, wo das polnische Volk die Sache durchschaut hat, ist es Zeit, die Pläne unserer Väter in die That umzuwandeln. Heute ist die Zeit gekommen, daß wir Polen uns alle zur gemeinsamen Vertheidigung unserer Rechte zusammenschließen.

Kann auch die polnische Fraktion nicht viel zur Vertheidigung des polnischen Volkes thun, so erhebt sie doch Proteste und Klagen und befaßt sich mit den Beeinträchtigten, wenn sie Polen sind. Wie aber kann eine Vertheidigung der Oberschlesier eintreten, wenn das polnische Volk aus Oberschlesien nicht einen einzigen polnischen Abgeordneten nach Berlin entsendet! Daher kommt es auch, daß manche sogar der Meinung sind, das polnische Volk sei mit seinen deutschen Führern zufrieden, denn wer soll über den thatsächlichen Stand der Sache informieren? Daher haben die polnischen Abgeordneten, welche der polnischen Fraktion angehören, bisher auch nicht immer ihren Landsleuten in Oberschlesien gegenüber die rechte Stellung eingenommen, denn das stete Wählen der Deutschen zu Abgeordneten kann so manchem, selbst einem Landsmann, einen völlig falschen Begriff von dem geben, was dieses Volk fühlt und wonach es verlangt.

Wir haben nun gesehen, wie sich die bisherigen Abgeordneten mit ihren Polen in Oberschlesien befaßten, und so rufen wir denn mit aller Kraft:

Wir wollen keine Deutschen zu unseren Abgeordneten! Wir wollen nur Polen und zwar solche Polen, welche ihren polnischen Charakter mit sich hineintragen in den Sitzungssaal, welche öffentlich auftreten als Polen und ihre Nationalität nicht etwa vor der Schwelle ließen, wenn sie ins Parlament gehen.

Ein Posener.

Aus dem Westen Deutschlands.

Aus Nr. 160 des Dziennik Berliński

vom 16. Juli 1901:

Russische Ränke!

Wir haben vor Kurzem über die Drohungen geschrieben, welche von dem russischen General Ritz bei der Abfahrt von dem Sokolkongreß in Prag geäußert worden sind. Dieser Apostel des Panславismus war am Anfange seiner Karriere wie der Krakauer Ezas berichtet, deutscher Protestant von sehr mäßiger Begabung. Entsprechend den deutschen Begriffen über „Treue“ gab er seine Religion und Nationalität auf und wurde ein rechtgläubiger treuer Lakai des Zaren. Da er eine höhere Karriere nicht machen konnte, trat er der erlauchten Genossenschaft der Komarows, Ignatiows u. s. w. bei. In seinem Abschiedschreiben an die Tschechen schreibt dieser verkappte Deutsche mit erstaunlicher — eine gewisse deutsche Zeitung schrieb, mit asiatischer — Unverschämtheit und Unsinnigkeit, von der russischen Gerechtigkeit, sowie darüber, daß Alles, was in dem heiligen Rußland geschehe, von dem Volke ausgehe, und zum Wohle des Volkes zu Stande komme.

Der Dünkel dieses Deutschen war so unverschämt, daß selbst die Tschechen sich desselben schämten und Dr. Engel, einer von den tschechischen Führern öffentlich dagegen protestirte, weil Niemand den Ritz beauftragt habe, die tschechische Nation in russische Dienste zu stellen. „Wir wollen Tschechen, wollen Slaven sein, aber Slaven in Oesterreich“ so endet der Protest des Dr. Engel. Die Tschechen haben den russischen Panславismus kennen gelernt, welchen die Russen stets als All-Russenthum ansahen. Mit asiatischer Unverschämtheit verlangen sie beständig von anderen slavischen Stämmen, daß diese im Russenthum aufgehen, und dort, wo sie die Oberhand besitzen, unterstützen sie ihre Forderungen mit Gewalt und mit Verbrechen, wie uns dies unsere und die Geschichte der ruthenischen Nation lehrt. Manche glauben, daß General Ritz seinen Brief an die Tschechen in trunkenem Zustande verfaßt habe, weil er zu viel „wodki“ (Schnaps) oder „Tischwein“ wie die Russen den Schnaps nennen, getrunken habe.

Doch im Gegentheil, die panslawistischen Blätter, wie der Swjet und die Moskowskije Wiedomosti solidarisiren sich vollkommen mit Ritz, lamentiren über die slavische Undankbarkeit und wahrscheinlich wird auch die russische Regierung noch eine Aufklärung verlangen, weshalb Oesterreich den Ritz ausgewiesen (!) habe. Um unseren Russenfreunden die Augen zu öffnen, welche die preussische Regierung, die über die russisch-polnischen Verhältnisse besser informiert ist, als wir, mit dem Schreckgespenst des Panславismus zu schrecken suchen, machen wir sie auf die russischen Ränke in Oesterreich und in Ungarn, auf deren Ziele und Bestrebungen aufmerksam.

Die ungarischen Blätter bringen die Nachricht, daß sich in Cleveland in Amerika eine amerikanisch-russische Liga gebildet hat, welche zu Mitgliedern einheimische und zugewanderte Russen hat, und die den unschuldigen Namen „Liga zur gegenseitigen Unterstützung“ führt.

In Ungarn soll diese Liga 1200 Mitglieder besitzen und ihr Organ *Smjet* ist in Ungarn recht verbreitet. Vor Kurzem hat die ungarische Polizei eine Nummer dieses Blattes beschlagnahmt, in welcher die Ziele und Aufgaben dieser „Liga zur gegenseitigen Unterstützung“ besprochen wurden. Diese Ziele sind doppelte: moralische und materielle. Die moralischen Ziele sind: Verbreitung der rechtgläubigen Kirche, Erbauung von russischen Kirchen und Schulen, mit einem Wort: die Russifizierung der Slaven. Materielle Ziele sind: Unterstützung der Mitglieder im Falle der Arbeitsunfähigkeit oder des Todes. Die Frauen von verstorbenen Mitgliedern sollen beim Todesfalle des Ehemannes 500 Dollars erhalten.

Die erste Bedingung für den Beitritt zu der Liga ist die Annahme des rechten Glaubens und die Ableistung des Eides, „daß man alle Pflichten erfüllen wolle, welche die Liga ihren Mitgliedern auferlegt“. In der konfiszierten Nummer ist auch ein an die katholischen Ruthenen gerichteter Aufruf enthalten, welche in Ungarn und Galizien wohnen, daß sie treu sein und nicht Renegaten werden möchten, denn Gott selbst habe der ruthenischen (lies russischen) Nation ihre Grenzen vorgezeichnet, daher mögen die Ruthenen die ihnen gewaltfam von den Feinden vorgeschriebenen Grenzen nicht anerkennen. In einer anderen Nummer dieses Blattes lesen wir: „Wie die Mutter an ihren Kindern Gutes thut, so ist der rechtgläubige Zar der Wohltäter der ruthenischen Nation in Galizien und in Ungarn. Der russische Zar hat die Ruthenen überall aus der Knechtschaft befreit, welche unverschämte Lüge! Nach dem Tode Franz Josefs wird das Ende Oesterreichs eintreten, und der Zar wird dann Galizien und Ungarn okkupieren, denn diese sind nichts anderes als „Rothrußland.“ In einer anderen Ausgabe der Liga wiederum werden die Ruthenen aufgefordert, sie möchten die knechtenden Fesseln abwerfen, denn es sei eine Schande für einen Ruthenen, in ungarischer Luft zu athmen und ein Kind des trägen Vatikans zu sein.

Wohin auch immer das Auge blickt, überall erblickt man russische Erde, überall wohnen die Kinder des „heiligen Rußlands.“

Woher nehmen nun ihre Agitatoren das Geld her? Dieses wird ihnen wohl nicht von den russischen Auswanderern nach Amerika gegeben, denn diese sprechen sich nicht gerade sehr günstig über ihr Vaterland aus, und haben keine großen Mittel zur Agitation zur Verfügung. Offenbar wird diese ganze Maulwurfsarbeit von Rußland her geleitet und von dort aus fließen die Rubel für dieselbe, hiervon zeugt auch die Versammlung des slavischen Wohltätigkeitsvereins in Kiew. In dieser Versammlung, welche vor ein paar Wochen stattgefunden hat, hielt Professor Flocinski einen Vortrag über die „Lage der slavischen Welt.“ Unter Anderem sagte er, daß in Oesterreich drei Millionen Slaven unter dem österreichischen Joch seufzen, welche aller Rechte beraubt sind. Er forderte weiter zu moralischer und materieller Unterstützung dieser unglücklichen Brüder auf. Welches die Ziele dieser Komarows, Ignatiows, Riticzs u. sind, haben wir schon vorher gezeigt, es geht auch aus dem heutigen Artikel hervor. Die Rede Flocinski's wurde in tausenden von Exemplaren unter den ungarischen Ruthenen verbreitet.

Die Früchte dieser russischen Gelüste machen sich bereits bemerkbar. Vor Kurzem fand in Vidramy eine

Versammlung der ruthenischen Geistlichkeit statt. Man beschloß in dieser Versammlung, das Versammlungsprotokoll in russischer Sprache zu führen. Die Minorität protestirte hiergegen, und als ein Protest nichts nützte, verließ sie den Saal und legte bei der kirchlichen Behörde Protest ein.

Wir unsererseits sprechen den Ruthenen das Recht zu nationaler Selbständigkeit nicht ab. Nach derselben mögen sie mit demselben Rechte streben, wie wir es thun! Wie sie einst mit den Polen freiwillig eine Union gebildet haben, so mögen sie auch heute alle ihre Bestrebungen nach Erlangung nationaler Existenz und Selbständigkeit mit den Bestrebungen der Polen verbinden, welche nach demselben Ziele streben, denn die Ruthenen können ebenso wenig ohne den Polen, als diese ohne den Ruthenen existieren. Aber wir müssen überall und immer die russischen Machinationen bekämpfen, welche auf die Verschmelzung aller Slaven und auf deren Benützung als Ziegelsteine zum Aufbau des Weltgebäudes des russischen Staats abzielen.

Die ruthenische Sezession im galizischen Landtage ist jedenfalls ein Ergebnis ebender selben unterirdischen Arbeit.

Die russischen Rubel haben auch im preussischen Antheil durch Vermittelung der Wilz*) zu kursiren begonnen, hierfür besitzen wir Beweise, und in diese Sachen haben ihre Finger sogar Leute hineingesteckt, welche dem Dziennik Poznanski nahe stehen, desselben Blattes, welches gewagt hat, den Przegłond Wszepolski und die Teka Blätter russischer und deutscher Agents provocateurs zu nennen!

Aus Nr. 85 des *Wiarus Polski*
vom 16. Juli 1901:

An die polnischen Wähler des Bezirkes Mülheim — Duisburg — Ruhrort. Landsleute!

Am 25. Juli 1901 werden im Bezirke Mülheim—Duisburg—Ruhrort die Ergänzungswahlen zum deutschen Reichstage stattfinden. Wir wollen jetzt zeigen, wie groß die Stärke des polnischen Volkes in unserem Wahlbezirke ist, und wir wollen diejenigen Lügen strafen, welche behaupten, daß in allen drei Kreisen nur eine Handvoll Polen wohnt, — aus welchem Grunde uns auch die gehörige geistliche Versorgung, nämlich Predigt und Beichte, in unserer Mutterprache versagt wird.

Landsleute! Es giebt auf der ganzen Welt auch nicht ein Stückchen, wo das katholische Volk so schlecht behandelt wird, wie Ihr, wo so wenig für das Seelenheil gesorgt wird, wie hier; so „ruft denn auch das Euch zugefügte Unrecht um Rache gen Himmel“ und wir werden förmlich gezwungen im Namen der katholischen Welt hiergegen Protest einzulegen.

Solch ein Protest wird sein, wenn wir einer Partei, der wir bisher ohne jeglichen Nutzen unsere Handlangerdienste geleistet haben, unsere Unterstützung versagen und unsere Stimmen unserem Landsmann geben.

Um gegen die unerhörten Ungeheuerlichkeiten, die wir ertragen, zu protestiren, und um zu beweisen, daß uns so wie überall auch in der Kirche Unrecht geschieht, hat das „Haupt-Wahlkomitee für Westfalen, Rheingegend und der angrenzenden Kreise“ beschlossen und fordert alle stimmberechtigten Landsleute auf, am 25. Juli keinem deutschen Kandidaten die Stimme

*) Chefredakteur des in Petersburg erscheinenden polnischen Wochenblattes *Kraj*. (Red. d. Ges. Uebers.).

zu geben — sondern nur einem Landsmann — und zwar dem wohlverdienten Vertheidiger des heiligen Glaubens und unserer Muttersprache, dem Abgeordneten

Leo von Czarlinski
aus Thorn.

Landsleute! Zeiget, daß Ihr in den Kreisen Mülheim-Duisburg-Ruhrort in beträchtlicher Zahl vertreten seid, denen doch auch eine entsprechende Anzahl polnischer Geistlicher zugewiesen werden muß.

Landsleute! Denket daran, daß jede Stimme mitzählt. Wer von Euch nun wünscht, daß dem polnischen Volke in deutschen Gegenden das Wort Gottes in der Muttersprache verkündet werden soll, wer da wünscht, daß seine alten Eltern auf dem Sterbebett den letzten Trost aus dem Munde eines polnischen Priesters hören möchten, d. i. in der Sprache, in welcher ihn seine Mutter beten gelernt hat, wer auch in dieser Sprache seine Sünden bekennen will, der mag am Wahltag mit einem polnischen Zettel an die Urne treten und auch darauf achten, daß alle anderen Polen dasselbe thun möchten.

Wir wenden uns auch an die Mütter und polnischen Jungfrauen, die durch ihr treues Festhalten an dem heiligen Glauben und an der Muttersprache bekannt sind, mit der inständigen Bitte: die Wahlangelegenheit in ihre Hände zu nehmen. Gedenket Landsleute, daß es sich hier nicht um irdische Vergänglichkeit, sondern um das Heil unserer Seelen handelt. Gebet daher Acht, daß Eure Männer, Söhne und Brüder, Eure Verwandten, Nachbarn und Bekannten zur Wahl gehen und ihre Stimmen dem Abgeordneten

Leo von Czarlinski zu Thorn
abgeben.

Landsleute! Vielleicht werden Euch unsere Gegner sagen, daß ein Pole doch so wie so nicht gewählt und daß es sich somit nicht lohnen wird, demselben die Stimme zu geben.

Es haben doch auch andere Parteien keine Aussicht auf Erfolg, und dennoch stimmen sie für ihre eigenen Kandidaten nur zu dem Zwecke, ihre eigene politische Kraft zu erkennen und durch die am Wahltag abgegebenen Zettel ihre Ueberzeugung sowie Wünsche zu dokumentiren.

Uebrigens ist doch Herr Leo von Czarlinski bereits und zwar ein sehr tüchtiger Abgeordneter. Durch unsere Stimmen wollen wir ihn autorisiren, uns verlassene Auswanderer, sei es im Landtage oder Reichstage, zu vertheidigen.

Je mehr Stimmen auf ihn fallen werden, desto energischer und mit desto größerem Erfolge wird er gegen das den in der Fremde befindlichen polnischen Arbeitern zugesügte Unrecht auftreten können, und zwar sowohl auf kirchlichem als auch auf erwerblichem Gebiet, in Vereinsangelegenheiten und dergleichen mehr.

Daher mögen alle Landsleute — wie ein Mann — ihre Stimmen für den Abgeordneten

Leo von Czarlinski aus Thorn
abgeben.

Landsleute! Männer und Frauen! Nur eine kurze Zeit trennt uns von dem Wahltag. Verwenden wir dieselbe zur Agitation zu Gunsten des polnischen Kandidaten. Mögen alle Polen und alle wirklichen Polinnen für unsere heilige Sache zu Hause, auf der Straße, sowie überall thätig sein, möge Jeder zum unermüdlichen Agitator werden.

Gelen wir im Namen Gottes an die Arbeit und Gott wird unseren Bemühungen seinen Segen ertheilen.

Hoch lebe unser Kandidat

der Abgeordnete Leo v. Czarlinski aus Thorn.

Bochum, den 14. Juli 1901.

Das Haupt-Wahlkomitee für Westfalen
und die angrenzenden Provinzen.

Apolinary Wojczynski. Jan Bielinski.

Josef Regulski. Wojciech Grzegorski.

Walenty Chwialkowski. Jan Wisniewski.

Jan Pospiech. Michal Smektala. Franciszek Nowak.

Walenty Piotrowski. B. Wilkowski.

Stanislaus Przyzanski. Josef Kurowski.

Paul Lackowski. Jacob Maik. Peter Sztul.

Michal Malinski. Andreas Budzinski.

(Alle polnischen Zeitungen bitten wir um gefällige Wiederholung des obigen Aufrufs.)

Aus Nr. 85 des Wiarus Polski

vom 16. Juli 1901:

Die Polen in der Fremde.

Wahlangelegenheiten.

Am vorigen Sonntag Mittags fand in Laar eine Versammlung der Kreis-Komitees für Mülheim-Duisburg-Ruhrort statt, in welcher ein Herr Lackowski aus Marxloh den Vorsitz führte. Man sprach Langes und Breites, — welchen Standpunkt die Polen bei den am 25. Juli cr. stattfindenden Wahlen einnehmen sollten. Einer der Redner ertheilte den Rath, sich der Wahl zu enthalten, welches er mit Rücksicht auf die gegenwärtige Lage der Polen für das Richtige hielt. Andere wieder warnten davor, daß das Verhalten der Polen nicht etwa zum Siege eines Liberalen führen sollte, die Mehrzahl jedoch war dafür, einen eigenen Kandidaten aufzustellen. Bei der Abstimmung wurden 15 Stimmen abgegeben, welche einen eigenen Kandidaten aufstellen wollten und eine, damit man sich der Wahl enthalten möchte. Als es nun zur Sache kam, erklärten Alle, für Land- und Reichstagsabgeordneten Leo von Czarlinski aus Thorn zu stimmen. Dieser Beschluß wurde dem Haupt-Komitee vorgelegt, dem das Recht zusteht, endgiltig zu entscheiden.

Nachmittags desselben Tages versammelte sich in Bochum das Haupt-Wahl-Komitee.

Nach Eröffnung desselben durch den Vorsitzenden Herrn Wojczynski und nach Belehrung über den Zweck der Versammlung, ergriff der Redakteur des Wiarus Polski Herr A. Brejski aus Bochum das Wort und verlas nachstehende

Erklärung:

„Im Namen der Redaktion und des Verlages des Wiarus Polski erkläre ich, im Vertrauen auf die politische Reife und das Verständniß der polnischen Auswanderer, die endgiltige Beschlußfassung in Wahlangelegenheiten den hierzu berufenen Wahlvorständen zu überlassen. Als Organ dieser wird der Wiarus Polski jeden gefaßten Beschluß derselben unterstützen. Um den Landsleuten aber auch ganz freie Hand zu lassen, werde ich mich weder an der Diskussion noch an der Abstimmung betheiligen, wenn es sich um die Kandidatenfrage handeln wird.“

Dann ergriffen noch einige Redner das Wort. Einer derselben bezweifelte, ob das Aufstellen eines eigenen Kandidaten für uns von Vortheil sein dürfte, — Andere wieder behaupteten dieses. Mit allen 18 anwesenden Stimmen beschloß man, auf einen besonderen polnischen Kandidaten, nämlich auf den Herrn Leo von Czarlinski aus Thorn, zu stimmen.

Aus Nr. 87 des Wiarus Polski
vom 20. Juli 1901:

Bruckhausen im Kreise Ruhrort.

Die deutschen Zeitungen schreiben davon, daß die Polizei in Duisburg die Abhaltung einer polnischen Wahlversammlung nicht gestattet habe, währenddessen eine polnische Versammlung dennoch von der polnischen Wahlagitation einberufen worden ist und ohne Hindernisse am Sonntag, den 7. Juli, stattgefunden hat. Ebenso wird am nächsten Sonntag eine zweite Versammlung stattfinden.

Es ist ferner unwahr, daß Polen in der Versammlung in Saar am 7. Juli einstimmig für das Zentrum zu stimmen beschlossen haben, wie verschiedene deutsche Blätter berichteten.

Bemerken möchte ich, daß die Sozialdemokraten eine lebhafteste Agitation entfalten und unter den Polen polnisch gedruckte Aufrufe verteilen. Ich hoffe, daß die Landsleute sich von den Agitatoren der rothen Genossen nicht bethören lassen, sondern alle wie ein Mann am 25. Juli ihre Stimmzettel dem polnischen Kandidaten, welcher von dem polnischen Haupt-Wahlkomitee aufgestellt worden ist, dem Abgeordneten Herrn v. Czarlinski geben werden, welcher das polnische Volk stets kühn vor allen Bedrückungen und Verfolgungen verteidigt hat.

Sorgen wir auch dafür, daß dieser unser Landsmann möglichst viele Stimmen erhalte. Vor Allem ist es Pflicht aller polnischen Ortskomitees, in jedes polnische Haus einen polnischen Wahlaufdruck und einen Stimmzettel mit dem Namen des Herrn v. Czarlinski zu bringen. Wie bekannt, ist es während der Wahlzeit erlaubt, Aufrufe nicht nur von Haus zu Haus, sondern auch an Jedermann auf den Straßen zu verteilen, in Restaurants, wohin die Leute sich aus der Kirche oder aus der Arbeit begeben, und die Polizei kann das Niemandem verbieten.

Auf also, geliebte Mitwähler, an die Agitation, sorgen wir dafür, daß am 25. Juli kein polnischer Wähler zu Hause bleibe, sondern daß Jeder seine Pflicht erfülle, indem er für den polnischen Kandidaten stimmt.

Landsleute! Wir haben jetzt Gelegenheit zu zeigen, was wir können, was Einheit oder Solidariät bedeuten, ob wir wissen, daß wir nur dann, wenn wir nach den Beschlüssen des Haupt-Wahlkomitees auftreten, zeigen, daß wir uns den Beschlüssen des Wahlkomitees zu unterwerfen verstehen, welche wir selbst gewählt haben. Nur noch wenige Tage trennen uns von den Wahlen, benutzen wir diese, um für den polnischen Kandidaten, Herrn Leo v. Czarlinski zu agitieren.

Aus Nr. 88 des Wiarus Polski
vom 23. Juli 1901:

In der Versammlung in Oberhausen am vergangenen Mittwoch hat der dortige Vikar Lamberg, welcher, wie bekannt, die polnische Sprache erlernt hat, den Wiarus Polski angegriffen.

Augenscheinlich sucht Pfarrer Lamberg seinem Aerger darüber, daß die Polen für keinen Zentrumsman zu stimmen wollen, am Wiarus Polski Luft zu machen.

Die Versammelten traten gegen den Angriff des Pfarrers Lamberg auf.

Aus Nr. 88 des Wiarus Polski
vom 23. Juli 1901:

Eine Heldenthat des Propstes Breffer in Saar bei Ruhrort.

An der Kirchenmauer in Saar befindet sich eine Tafel, auf welcher die katholischen Vereine die Ankündigung von Vergnügungen anzubestellen pflegen. Am Sonntag war an der Tafel ein Wahlaufdruck der Zentrumsparthei angeschlagen. Neben dieser Tafel an der Mauer hatten die Polen einen polnischen Aufruf angeklebt, in welchem aufgefodert wurde, für den polnischen Kandidaten Herrn Leo v. Czarlinski zu stimmen.

Als der Pfarrer Breffer dort zufällig vorbeiging, riß er den polnischen Aufruf herunter, zerknitterte ihn und warf ihn über den Zaun. Das sahen einige Polen mit großer Entrüstung.

Diese Angelegenheit ist auch in der Versammlung, welche am Sonntag in Stockum stattfand, berührt worden.

Aus Nr. 87 des Wiarus Polski
vom 20. Juli 1901:

Steele.

Der St. Peter-Verein in Steele hielt am Sonntag, den 7. Juli, seine Generalversammlung ab, in welcher ein neuer Vorstand gewählt wurde. Vorsitzender wurde W. Wielebinski, sein Stellvertreter Jan Dobrowolski, Schriftführer J. Gruszkiewicz, dessen Stellvertreter St. Lewandowski, Schatzmeister A. Olejniczak, dessen Stellvertreter Ign. Skorupski, Bibliothekar St. Olejniczak, sein Stellvertreter J. Poslednik, Kassenrevisoren P. Winowski und J. Mock, Fahnenträger Fr. Kaczynski, dessen Stellvertreter T. Wroblewski, Fahnenjunker Kapala und Kaczmarek, deren Stellvertreter St. Zybur und W. Andersz. Die Versammlungen finden jeden zweiten Sonntag im Saale der Frau Nehmann am alten Markt Nr. 3 statt.

Johann Gruszkiewicz,
Schriftführer.

Aus Nr. 87 des Wiarus Polski
vom 20. Juli 1901:

Ueckendorf.

Der St. Antoniusverein hat eine Gesangs-Abtheilung begründet, um den Kirchen- und Volksgefang zu pflegen. Den Vorsitz in der Versammlung führte der Vereinsvorsitzende Julian Grabowski aus Ueckendorf. Bei Begründung der Gesangsabtheilung ließen sich als Mitglieder 30 Landsleute aufnehmen. In den Vorstand wurden gewählt: A. Melkowski zum Vorsitzenden, G. Melkowski zu dessen Stellvertreter, W. Dudziak zum Schriftführer, J. Tarak zu dessen Stellvertreter, L. Rydzalski zum Schatzmeister, Br. Bajkowski zu seinem Stellvertreter, Fr. Prus und A. Prus zu Beisitzern. Alle den Verein betreffenden Briefe bitten wir an den Schriftführer zu übersenden.

Valentin Dudziak,
Schriftführer.

Aus Nr. 83 der Gazeta Ostrowska
vom 16. Juli 1901:

Aus Essen.

Das Neueste in hiesiger Gegend ist die Nachricht, daß in den Krupp'schen Eisenwerken kein Pole angenommen wird, obgleich dieselben bisher als das

beste Arbeitermaterial angesehen wurden. Einer der Beamten sagte mir, daß dieses Verbot von Krupp selbst ausgegangen sei, und daß Holländer und andere Ausländer engagiert werden dürfen — nur keine Polen. Man sieht hieraus, wie gern man uns hat, daher wäre es auch komisch, wenn wir nicht Gleiches mit Gleichem vergelten sollten; es ist doch unmöglich, für einen Stein mit Brot zu entgelten, wenn man uns dieses nicht gönnt.

J. J.

(Es giebt nichts Böses, das nicht seine guten Folgen hätte.

Denn als noch vor nicht langer Zeit ganze Volkschaaren nach dem Westen zum Zwecke lohnender Arbeit drangen und erst zu Neujahr mit einem größeren oder kleineren Spargroschen nach Hause zurückkehrten — so befinden sich infolge des oben erwähnten Verbots schon heute ganze Massen auf dem Wege der Rückkehr.

Die Eisenbahnen bringen von allen Seiten ganze Waggons über Berlin nach Hause zurückkehrender Arbeiter. Diese Leute werden sofort nach Hause geschickt, um die an und für sich schon sehr große Zahl der Arbeitsuchenden nicht noch zu vermehren.

Wie der Arbeitsmarkt mittheilt, waren im Monat Mai v. J. auf 100 Stellen 106 Arbeitsucher, in diesem Jahre entfallen auf dieselbe Zahl schon 145.

Ein solcher Zustand entfernt in unserer Gegend die Sorge um Arbeitskräfte — namentlich werden sich unsere Landleute freuen, nun endlich ausreichende Arbeitskräfte erlangen zu können, da sie bisher wegen Mangel an solchen mitunter empfindliche Verluste erleiden mußten.)

Sozialdemokratisches.

Aus Nr. 27 der Gazeta Robotnicza

zu Rattowiz

vom 6. Juli 1901:

Die Gazeta Robotnicza in Oberschlesien.

Wie ein Verbannter, durchdrungen von Glauben und Hoffnung, kehrt die Gazeta Robotnicza zu den Ihrigen — zu den polnischen Arbeitern — nach Schlesien zurück. Bereits 10 Jahre hindurch hat unsere Zeitschrift die Verfolgungen unserer Feinde in der Fremde ertragen müssen. Wie aber sieht es nun im eigenen Lande aus? Hier harret unser noch größere Unbill und Rücksichtslosigkeit der Hüter des Gesetzes, und das Schlimmste, daß diese willenslosen und durch Elend gequälten Arbeitermassen von keiner Seite unterstützt werden.

Heute erst lehren wir auf den durch die ersten Vorkämpfer der großen Befreiungsidee beackerten Boden zurück, um diese Scholle hier am Orte immer mehr zu kultivieren.

Genossen und Arbeiter! Wir kommen zu Euch, jedoch nicht mit einer falschen Aufklärung, sondern mit der, die die riesengroße Sache des internationalen Proletariats unterstützt und die alle Blinden aus dem Nebel der Finsterniß herausreißen soll. Wir greifen zu einer Sache, die schon längst als die eines Polen unwürdige betrachtet wurde — wir wollen unserem Volke dienen und bieten ihm die einzige Zeitschrift, welche es als sein eigen betrachten kann — nämlich: die Gazeta Robotnicza.

Nichts kann unseren Eifer schwanken machen — wir sind auf einen erbitterten Kampf vorbereitet und zwar um die natürlichsten Rechte des Menschen.

Die preussische Regierung bemüht sich mit allen Kräften, die sozialistische Bewegung zu hemmen. Es ist in Deutschland nicht gelungen, die Sozialdemokratie zu unterdrücken, und die Regierung wünschte, wenn auch nur die schlesischen Hüttenarbeiter für sich zu erhalten. Sie greift daher zu allen scharfen Mitteln. Sie unterstützt die Geistlichkeit und Germanisatoren, sie treibt die ausländischen Polen aus dem Lande, sie bringt unsere Agitatoren ins Gefängniß und verbietet uns, Versammlungen abzuhalten. Was die Regierung nicht thut, die den Fabrikanten und Junkern Handlangerdienste leistet, das gestatten sich diese Herren selbst. Sie kürzen den Verdienst, vergewaltigen das Gewissen des Arbeiters und machen uns brotlos.

Die sozialistische Idee muß trotzdem in die Bergwerke, Fabriken und Hütten steigen — trotz aller Hindernisse.

Neue tüchtige Kräfte werden der internationalen sozialistischen Idee zur Hilfe kommen und ihr zum Siege verhelfen.

Jetzt wollen wir sehen, in welcher Lage sich die Arbeiterklasse befindet? Es ist nicht genug damit, daß wir Lasten ertragen müssen, daß ganze Arbeiterfamilien vor Hunger umkommen, und daß uns heute das Gespenst der Misere droht.

Die Agrarier und Industriellen erfinden immer wieder neue Zölle — Vertheuerung des Brotes und der Kohlen! Dem ganzen Lande drohen diese mittelbaren Steuern für Brot, Fleisch, Kohlen, für Alles, was zur Erneuerung der Kräfte unserer Händearbeit dienen soll, die wir wiederum fast umsonst leisten müssen. Dann die unmittelbaren Abgaben, die Lasten des Militarismus — diese Blutabgabe, welche wiederum vergrößert werden soll

Eine solche Politik verlangt große Opfer. Man möchte das Volk derartig in die Enge treiben, daß kein Protest mehr möglich wäre. Unsere heiligsten Rechte, das Wahlrecht, das Organisationsrecht, — sind immer noch unseren unersättlichen Ausbeutern ein Dorn im Auge — und diese Rechte möchte man uns gern entreißen.

Genossen! Gegen diesen Strom müssen wir einen starken Damm errichten. Nur die einzige Sozialisten-Organisation kann uns von Feinden und falschen Freunden befreien, und ihr einziges Organ, das den ausgebeuteten polnischen Arbeiter vertheidigt, ist die Gazeta Robotnicza.

Daher muß jeder polnische Arbeiter dieselbe lesen und unterstützen.

Am meisten rechnen wir auf Euch, ober-schlesische Genossen. Ihr, die Ihr schon Kämpfer in unseren Reihen seid, ihr habt eine schwere Aufgabe zu lösen. Eurer Obhut trauen wir in erster Linie unsere Zeitschrift an. Hier muß eine neue belebende Quelle des polnischen Sozialismus emporsprudeln, um unsere arbeitenden Klassen anderer Provinzen wiederum gesund zu machen.

Indem wir auf Eure Unterstützung und auf die Hilfe eines jeden entfernten und nahen Genossen rechnen, beginnen wir eine neue Existenz-Ära in dem unverbrüchliche Glauben an eine bessere Zukunft.

Aus Nr. 29 der Gazeta Robotnicza

vom 20. Juli 1901:

Zalenzje (Oberschlesien).

Auf der Kleophas-Grube ergeht es uns nicht gerade glänzend. Man muß sich bei der Tag- und

Nachtschicht überarbeiten, und selbst nach der Arbeit kann man dieses „Grab“ noch nicht verlassen. Viele von unseren Kollegen beenden die Tagesschicht schon um 3 Uhr und versammeln sich dann an dem Fahrstuhl, aber die Ausfahrt erfolgt erst um 4 Uhr. Wenn wir heraus wollen, sagt man uns, daß die Förderung bis 4 Uhr dauern soll. Wenn nun die Ausfahrt beginnt, so können auf einer Schale nur 24 Leute untergebracht werden. Ich selbst habe in diesen Tagen dort $1\frac{1}{4}$ Stunde gewartet, und diejenigen, welche einen Moment nach mir gekommen waren, mußten noch länger warten. So soll ein abgearbeiteter, junger Mensch ausruhen, er muß warten und warten ohne Ende. Essen mitzunehmen, lohnt sich nicht, denn es giebt keinen Ort zum Essen. Oft bringt man das zerdrückte Stückchen Brot wieder nach Hause zurück. Bevor wir uns abwaschen, ordentlich machen u., kommt die siebente Stunde heran, und tags darauf wartet unser schon wieder die harte Arbeit. Und was ist das für eine Arbeit!

In unseren Nummern ist es fürchterlich warm, 30 Grad Celsius. Kann man sich darüber auch wundern, wenn wir 444 Meter unter der Erde arbeiten, an besseren Stellen sind auch nicht weniger als 21 Grad Wärme. Eigentlich sollen wir in den Nummern nur 6 Stunden nach den bestehenden Bestimmungen arbeiten. Das könnten wir, wenn wir nach der Tagesarbeit bezahlt werden würden. Aber unsere Arbeiter sind noch wenig aufgeklärt, sie sind bereit, auf Akkord zu arbeiten, so lange sie nicht zusammenfinken, und deshalb haben wir so schlimme Zustände.

Die Kleophas-Grube ist die allerschlimmste in Oberschlesien. Selbst in der Lurahütte ist es noch etwas besser, denn es giebt doch dort wenigstens einen besonderen Fahrstuhl zur Ausfahrt, und man kann wenigstens etwas eher an Tageslicht gelangen.

Auch hier könnte man es anders einrichten. Die Kleophas-Grube hat drei Schächte: Walter, Recke und Frankenberg. Der Walterschacht ist nicht so tief, und man kann auf Leitern von dort heraus. Es sind 24 Leitern, jede zu 6 Meter, vorhanden. Recke und Frankenberg bilden eigentlich ein Feld und liegen bei einander. Wenn man nun schon keinen besonderen Ausfahrtschacht anlegen will, so könnte auf Frankenberg gefördert und es könnten auf dem einen Schacht die Leute zu Tage gefördert werden, aber wer kümmert sich darum, daß wir eine Stunde eher Ruhe hätten? Wir allein müssen dafür sorgen, und wenn auch nur Kleinigkeiten verlangten, welche uns zustehen.

Starbniß.

Aus Nr. 29 der Gazeta Robotnicza

vom 20. Juli 1901:

Verrath oder Dummheit?

Die hiesigen polnischen Blätter fangen an, immer dreister den Ruhm des Zaren zu predigen. Dieser Zarenruhm und die Russenfreundschaft haben unsere polnische Presse wie eine Pest angesteckt. Es ist schwerlich anzunehmen, daß Jemand nur „aus Furcht vor der Germanisation“ von Blindheit geschlagen wird und nicht sehen will, was die Russen treiben. So z. B. schreibt die Gazeta Grudziödzka:

„Die Zwietracht zwischen Rußland und den Polen ist das Werk der Deutschen.“

Daher kommt es, so heißt es weiter, daß die Deutschen zurückgesetzt werden, mit den Russen aber wird geliebt. Nun, und die Deutschen weinen vielleicht aus Wuth (?), denn bald werden alle Polen im preussischen Antheil klug werden (wohl wie die Gazeta Grudziödzka?)

nun, und es wird Eintracht mit dem weißen Zaren herrschen. Brüderschaft mit den russischen Gendarmen! —

Die Deutschen sind schlecht, sie germanisiren, — vorwärts also, zu den Russen! Die Russen sind besser! Gewiß! Sie germanisiren nicht, Gott bewahre, sie russifiziren aber!

Was wollen die Deutschen, und was wollen die Russen? Die Ersteren rufen: „Entpolonisierung!“ die anderen „Vereinigung!“

Die Einen sowohl wie die Anderen wollen ein für allemal alle polnischen Ueberreste mit den Wurzeln herausreißen. Ihr Ziel also ist daselbe!

Und die Mittel? Ausrotten, was polnisch ist, durch die Kirche, die Schule, die Gerichte, Aemter, Finanzinstitute u. s. w. Beide Regierungen wenden dieselben Mittel an. Aber es sind auch Unterschiede vorhanden. Und gerade diese Unterschiede werfen ein sehr trauriges Licht auf die Herren vom Dziennik Kujawski, von der Gazeta Grudziödzka, von der Gazeta Toruńska und auf andere Verehrer der russischen Knuten.

Die Deutschen sagen offen und consequent, wir wollen die Polen nicht, der Grund und Boden, auf welchem sie sitzen, ist deutsch, die Polen müssen Deutsche werden. Es ist dies eine Unverschämtheit, aber wenigstens eine aufrichtige. Mit diesem Lösungswort macht sich eine ganze Legion von Beamten, welche von der Staatsidee belebt sind, an die Germanisation. Die Deutschen erklären den Polen also Krieg auf Tod und Leben. Wenn Krieg — dann Krieg!

Ihr wollt uns verdeutschern, wir aber lassen uns nicht verdeutschern! Und weil selbst die Verfassung den Polen verbietet, sich zu verteidigen, deshalb verteidigen wir uns allein. Den Hakatismus, den bösen Willen der Beamten — Alles das kann die polnische Presse brandmarken und zur Kenntniß der Allgemeinheit bringen. Die Gesamtheit macht aber immer mehr aus ihrem Schlafe auf und ruft immer lauter: „Wir lassen uns nicht!“

Aber was sagt die russische Regierung und solche Schriftsteller wie Szarapow, welchen die Presse unserer Bourgeoisie preist? Sie spricht von der Liebe des Zaren zu allen Unterthanen ohne Unterschied der Herkunft und des Bekenntnisses. Sie spricht von der großen Idee der Verbrüderung aller slavischen Völker, von der Nothwendigkeit, daß dieselben sich unter dem russischen Szepter vereinigen mögen, wenn sie nicht in dem Abgrund des Deutschthums untergehen wollen. Wie erhaben und schön ist doch das Alles! Wort für Wort daselbe, was Fürst Stojalewski für das Geld der Gendarmen geschrieben hat!

Aber wir dürfen nicht auf den Reim der süßen Worte gehen, nicht an die Schmeicheleien des russischen Bären glauben! Ueberall und immer war die russische Politik dieselbe: anlocken, milde stimmen, um dann um so leichter vernichten zu können. Protestiren ist nicht erlaubt, sich zu verteidigen, ist ebenfalls nicht gestattet! Wo ein solches Dreigespann herrscht: die Popen, Gendarmen und die Knute — da hat die Presse und die Gesamtheit einen Anebel im Munde, Fesseln an den Händen. Und Gendarmen sind im Königreich Polen nicht nur diejenigen, welche diese Posten amtlich innehaben, Gendarmspizel ist jeder Beamte ohne Unterschied der Stellung. Das Spizeln der polnischen Gesellschaft betrachtet jeder von diesen Herren als eine Ehre und für seine Pflicht. Die erste Geige spielen hierbei die Erzieher der Jugend, die Lehrer.

Und wer läßt uns die Schaffots, die Zitadellen und Sibirien vergessen!

Die russische Kultur in beschlagenen Schuhen vernichtet durch den Schnaps und die Knute Alles, was polnisch ist, drückt jeden freien Willen nieder, benimmt Jedem den freien Athem. Was also sind ein solcher Dziennik Rujawski, eine solche Gazeta Grudziobzka und andere Blätter mit ihrer Russenfreundlichkeit? Welches Recht besitzen ihre Leiter zu einem derartigen Auftreten gegen das polnische Volk? Und was für einen Weg zeigen sie diesem Volke? Den Weg des Verraths und der Gemeinheit!

Denn ein Verrath gegen unsere Mitbrüder, welche vom Zarenthum geknechtet werden, ist die Lobpreisung dieses Zarenthums. Ein Verrath und eine Gemeinheit ist die Lobpreisung der russischen Herrschaft im Königreich Polen, wo, wie ein bekannter Dichter der Neuzeit sagt: „Die von Thränen verschwommenen Augen weder einen Schimmer sehen können, noch die Sonnen am Himmel.“ Wo man weder weinen, noch lieben, ja selbst von einem besseren Geschick nicht träumen darf

Nein, ihr Herren Russenfreunde, eure Bemühungen sind nicht für die polnischen Arbeiter. Wir brauchen hier keine Zarendienste! Wir wollen kein Polen für die Deutschen, wie die hiesigen Versöhnungsparteiler, wir wollen aber auch kein Polen für Rußland, wie die Herren von den „patriotischen“ Zeitungen. Wir wollen ein Polen für das polnische Arbeitervolk, welches freier aufathmen muß, um auf dem Wege des Fortschritts zur sozialistischen Verfassung weiter zu schreiten.

Ob es die Germanisation ist, oder die noch viel schlimmere Russifizierung, beide stehen uns im Wege. Wir müssen beide bekämpfen.

Wir wissen, wie heute die russische Politik aussieht, es ist das eine Politik von Täuschungen und eiteln Versprechungen; die Geschichte lehrt, daß diese immer so war.

Kr-k.

Aus den Blättern des Auslandes.

Aus Nr. 195 der Gazeta Narodowa
vom 16. Juli 1901:

Die Ruthenen in der Angelegenheit der Landtagswahlen.

Lemberg, den 15. Juli 1901.

Wenn der Landtag auch noch nicht aufgelöst ist, und die Wählerlisten erst nach 10 Tagen zu den ersten Tagen des Monats September d. J. aufgestellt werden sollen, so fangen die Ruthenen doch schon jetzt an, sich zu organisiren und zum Wahlkampfe vorzubereiten.

Unter der Ueberschrift „Aufruf an alle Ruthenen“ gaben Dilo und Halyczanyh ein dem Inhalte nach gleichlautendes Manifest vom 13. Juli d. J. heraus.

Das im Dilo enthaltene ist in Buchform in ruthenischer Sprache erschienen, stammt vom „National-Komitee“ und ist von Romanczuk als Vorsitzenden, Alexander Borkowski und Dr. Kost. Lemicki als dessen Stellvertreter, Alexander Temnicki und Dr. Eugen Lemicki als Schriftführer unterschrieben.

Das im Halyczanyh erschienene Manifest ist in russisch-ruthenischer Kirchensprache herausgegeben, stammt von der Rußke Nady und ist vom Dr. J. Dobrjanski als Vorsitzenden, Dr. L. Pawencik als dessen Stellvertreter unterschrieben.

Der Ruslan tritt mit nichts hervor; man sieht daraus, daß man den Herrn Barwinski von der

Theilnahme ausgeschlossen hat; obwohl derselbe sich an die Spitze der ruthenischen Obstruktionspartei stellte, so wird er doch in den Augen der Russophilen als „abhängig“ betrachtet. Das Manifest eröffnet ihm jedoch im letzten Abschnitt die Möglichkeit einer Amnestie.

Daselbe Manifest hat folgenden Wortlaut:

„Brüder! Auf Veranlassung der unabhängigen ruthenischen Landtagsabgeordneten, haben das National-Komitee und die Rußkaja Nada in gemeinschaftlichem Einverständniß und unter Theilnahme dieser Abgeordneten beschlossen, sich mit der Durchführung der diesjährigen Landtagswahlen zu befassen.

Indem wir in diesem ehrlichen Abkommen aller nationalen Kräfte Galiziens ein günstiges Omen für die herannahenden Landtagswahlen erblicken, nimmt das National-Komitee (Rußkaja Nada in Halyczanyh) dieses Abkommen als Grundlage und Direktion einer Vorwahlaktion an, und zwar nicht nur für sich selbst in Anspruch, sondern auch für die ganze national-demokratische Volkspartei.

Die Wichtigkeit dieses Einverständnisses (im Halyczanyh wurde noch der Zusatz „ehrlichen“ gemacht) aller nationalen Kräfte hängt von der ruthenischen Bevölkerung im Lande selbst ab, welche sich doch sehr handgreiflich durch den Austritt sämtlicher ruthenischer Abgeordneten aus dem Landtage markirt hat.

Dieses so ungemein wichtige Ereigniß hat vor der ganzen Welt die maskirte Intoleranz und die tiefe Abneigung der Landtagsmehrheit für die gerechten Forderungen der ruthenischen Volksvertreter aufgedeckt.

Allen Ruthenen muß doch daran gelegen sein, daß das Volk sich auch wirklich ehrlich denkende Vertreter wählt, in deren Adern dasselbe Blut fließt, die dieselbe Sprache haben, die mit dem Volke ein Herz und eine Seele sind und die das demselben zugefügte Unrecht als das ihrige betrachten.

Der größte Theil des ruthenischen Volkes sind — Bauern und Kleinstädter. Daher muß doch allen Ruthenen daran gelegen sein, nur solche Vertreter zu wählen, die die Bedürfnisse und das den Landleuten und Kleinstädtern zugefügte Unrecht kennen, die für alle Angelegenheiten der gesammten Volksklassen Gewähr bieten, und vor allen Dingen stets ein warmes Herz haben, die auch überall für die Befriedigung seiner Bedürfnisse eintreten und das ihm zugefügte Unrecht rügen würden.

Bisher haben sich als Vertreter des ruthenischen Volkes die Herren Polen und deren Hintermänner aufgeworfen, welche von adlig-polnischer Abstammung doch aus ganzem Herzen an Polen und nicht an unser liebes Ruthenenland hängen müssen, die als Großgrundbesitzer doch nur für diese und nicht für unser Landvolk eintreten müssen.

Dieses ist der wundeste Punkt für die Ruthenen, daß die Polen, obgleich sie an Zahl denselben fast gleichkommen, in der Lage sind, 102 Abgeordnete zu wählen, während die Ruthenen nur 47. (Hier setzt das Manifest im Dilo zu: „Selbst im besten Falle, auch wenn die Wahlen ganz legal durchgeführt werden könnten.“) Es ist dies ein den Ruthenen, namentlich aber dem Landvolke und den Kleinstädtern zugefügtes großes Unrecht, da die Herren Besitzer ihre eigene Kurie besitzen, in welcher sie 44 Abgeordnete wählen; sie drängeln sich auch schon in die Land-Kurie ein, welche doch nur für die Bedürfnisse der Landleute und der Kleinstädter bestimmt ist.

So muß es fernerhin nicht bleiben! Mögen die Polen und Großgrundbesitzer ihre eigenen Abgeordneten haben, die Ruthenen, Landleute und Kleinstädter, ebenfalls die Ihrigen.

So befiehlt es die Gerechtigkeit, so wünscht es das Gebot und Recht!

Jedoch werden die Herren Polen wohl auch jetzt nicht aufhören, sich den Ruthenen aufzuwerfen, um in den Landtag gewählt zu werden. Um dieses nun nicht zu Stande kommen zu lassen, müssen alle Ruthenen sich eng zusammenhaken, alle Kräfte opfern und diese auf keinen Fall zersplittern lassen. Wir müssen alle Kräfte anwenden, um in Wahlangelegenheiten stets einmütig zu handeln, damit die einzelnen Parteien und Gruppen nicht besondere Kandidaten aufstellen, nicht auf eigene Faust handeln, damit wir wie ein Mann (der Galyczanyn sagt, wie eine Armee) einmütig gegen unsern gemeinschaftlichen Feind ins Feld ziehen können, um eine gute Volks-Repräsentation zu erlangen.

Wir müssen (der Galyczanyn fügt noch hinzu „unentbehrlich“) nicht nur eine der Zahl des galizisch-ruthenischen Volkes entsprechende Anzahl von Repräsentanten wählen — aber auch darauf unser Augenmerk richten, damit diese stark und patriotisch gesinnt sind, damit sie muthig und mit den nöthigen Fähigkeiten den Kampf mit dem hinterlistigen und gefährlichen Gegner aufnehmen können.

Unser Feind ist stark; jedoch wir sind in der Mehrzahl! Hinter uns steht Wahrheit und das Gesetz! und wenn es auch dazu kommen sollte, daß dieser oder jener leiden sollte, so möge er eingedenk sein, daß er für eine heilige, sein Vaterland betreffende Sache Leiden erträgt!

Wir wollen uns Niemandem als Führer aufwerfen, wir wollen Keinem ein Leid zufügen, aber wir wollen auch nicht, daß wir von einem Fremden geführt und daß uns dieser auch kein Unrecht zufügt. Daher berufen wir uns auf das Gerechtigkeitsgefühl des ganzen Volkes und auch auf das Derjenigen, die unserer Nationalität nicht angehören! Hauptsächlich aber wenden wir uns an alle polnischen Landleute und Kleinstädter, damit sie gemeinschaftlich mit uns handeln möchten.

Unsere Führer, Patrioten, aber rufen wir zu: Organisirt unsere Kräfte! Gründet Kreis-Wahlkomitees! Zieht zu dieser gemeinschaftlichen Aktion alle geeigneten Leute hinzu; meidet auch nicht Diejenigen, die bisher ihren eigenen Weg gingen, wenn sie jetzt den Wunsch haben sollten, sich uns anzuschließen!

Möge auf diese Weise das Ruthenenland wie ein Mann eine Armee bilden, welche durch Liebe zum ruthenischen Volke vereint, für die heilige Sache in den Kampf ziehen wird!

Dann wird uns auch der Sieg gewiß sein!“

Aus Nr. 273 des Dziennik Polski (Lemberg)

vom 20. Juli 1901:

Die neue Politik der Ruthenen.

I.

Lemberg, den 19. Juli.

Oesterreich ist in seinen Festen erschüttert worden; unser armes Galizien ist schon verfallen, denn die Ruthenen haben Abstinenz beschlossen.

Diese Abstinenz stellt sich wie ein kindisches Spiel dar — „Gieb mir, Hans, Dein Messer, wir wollen spielen“ sagt Stanislaus; — „ich gebe es nicht“ erwiderte Hans — „wenn Du es nicht gibst, werde ich nach Hause gehen“, antwortete Stanislaus und ging fort.

Sieht das nicht ebenso aus?

„Gebet uns ruthenische Gymnasien, eine ruthenische Universität, ein ruthenisches Theater, einen ruthenischen Landtag und alle größeren Besitzthümer zur Parzellirung“, rufen die Ruthenen, „wenn wir Alles das nicht erhalten, treten wir aus dem Landtage aus!“

Und nun wollen wir uns einmal die Politik ansehen, welche von den Ruthenen in den letzten paar Jahren getrieben worden ist, und der Grund zur Abstinenz wird sich uns in seiner ganzen Fülle zeigen.

Vor einigen Jahrzehnten gab es bei uns im Lande zwar ruthenische Parteien, eine russenfreundliche und eine nationale. Die erstere verlockte das Geld, Politik im russischen Sinne zu treiben, die andere lebte von den Beiträgen der ruthenischen Geistlichen.

Die nationale ruthenische Partei war uns Polen sympathischer, deshalb unterstützten wir sie in dem Glauben, daß die Männer dieser Partei ehrenhaft denken, und daß es im Laufe der Zeit dazu kommen wird, daß die Ruthenen die Brüder der Polen werden, was wir sehnüchlich erstrebten.

Es wurden daher ruthenische Gymnasien und Schulen begründet, obwohl sie garnicht erforderlich und nicht zeitgemäß waren.

Beide Richtungen aber fanden beim Volke keinen Anklang, Politik trieben nur die besser Situirten und die sich infolge Mangels von Beschäftigung auf den Dörfern langweilenden ruthenischen Popen und deren Schreiber.

Weil diese Politik die Bauern nicht befriedigte, begann hier und dort die radikale Strömung bei den Bauern sich bemerkbar zu machen, und die Folge hiervon war, daß die ruthenischen Bauern sich in erster Linie gegen diejenigen wandten, welche ihnen am meisten zulezten, nämlich gegen die ruthenischen Geistlichen, welchen sie trotz der aufgehobenen Leibeigenschaft in Form der früheren Frohndienste Landarbeiten verrichten oder ihnen Naturalien wie Federvieh, Eier, Brot und Getreide unter verschiedenen Ceremonien entrichten mußten.

Der gegen die ruthenischen Geistlichen gerichtete Radikalismus war den Bauern sehr sympathisch, er fand überall neue Anhänger in Massen, und überall fingen die Bauern an, die Forderung zu stellen, diese Leibeigenschaft aufzuheben.

Die ruthenischen Popen, welche hauptsächlich von der Leibeigenschaft der Bauern lebten, sahen bald, daß der Boden unter ihren Füßen zu schwanken beginne, und daß der Radikalismus sowohl ihre materiellen, als auch moralischen Interessen bedrohe; es mußte daher etwas ausgedacht werden, um den Blick der ruthenischen Bauern von sich abzuwenden und auf einen anderen Gegenstand hinzulenken.

Nach langen Berathungen und Vorbereitungsarbeiten lenkte die Geistlichkeit den begehrlichen Blick der Bauern auch wirklich von den herrschaftlichen Ländereien ab und sagte ihnen: sehet diese herrschaftlichen Hufen, das ist euer Gut, haltet nur fest an uns.

Die Geistlichkeit riß die radikale Politik als letzten Rettungsanker an sich, und in der Befürchtung, daß der Radikalismus sich wider sie wende, und der Bauer an die Gänse, Hühner und Eier vergesse, nahm sie das Steuer der radikalen Partei in ihre Hand und machte sich an die Begründung von Veschallen, um über sie zu verfügen und eine Kontrolle führen zu können.

Wir müssen anerkennen, daß dieser politische Schritt der Geistlichkeit gelungen ist! Ob auf lange Zeit hin, das wird eben die Zeit lehren.

Gegenwärtig haben wir also nur eine ruthenische Partei und das ist die radikale, denn die Bestrebungen aller Ruthenen sind dieselben, und zielen auf die langsame, aber systematische Ausrottung der Polen aus den Ämtern, dem Handel und der Industrie ab, auf die Parzellierung der größeren Güter unter die ruthenischen Bauern, auf die Einführung von Nebengottesdienst in ruthenischer Sprache in den Kirchen im östlichen Theile des Landes, die Beseitigung der polnischen Sprache aus den Schulen und Ämtern — mit einem Wort auf die vollständige Ausrottung der Polen aus dem östlichen Galizien, und damit auf die Theilung Galiziens in einen polnischen und ruthenischen Theil.

Die radikale ruthenische Partei besitzt vier Schattierungen, welche sich nur durch die Art und Weise unterscheiden, durch welche die Radikalen ihre oben geschilderte Bestrebungen sobald wie nur möglich zu verwirklichen gedenken. So glauben die radikalen Russenfreunde, daß sie das mit Hilfe Rußlands erreichen werden, die nationalen Radikalen durch die Verwirrung der Bauern und die Boykottirung des größeren Grundbesitzes, die klerikalen Radikalen durch Hekereien in den Kirchen und die radikalen Regierungsparteiler mittelst falscher Anשמiegung an die Regierung.

Es ist daher ganz natürlich, daß die radikale Partei bei den Wahlen, da der Adel an ihrer Spitze steht, überall auf den Dörfern den Reigen anführt; um die Partei zu erhalten, haben die Popen verkündet, daß die von ihnen gewählten Abgeordneten Herrliches leisten, daß sie die Steuern aufheben, den Großgrundbesitz unter die Wähler auftheilen, die Wehrpflicht aufheben werden und noch anderes derartiges dummes Zeug.

Das Volk glaubt das und wählt zu Abgeordneten größtentheils Cousins der Popen, indem es von diesen heldenhafte Thaten erhoffte; während dessen haben „Henko, Wlodko und Zwancio“ für das ruthenische Volk nichts gethan, denn das, was die Geistlichkeit versprochen hat, kann sie nicht halten und die Rentengüter, die Steuererleichterungen und verschiedene andere Wohlthaten sind im Sinne der von den polnischen Abgeordneten gestellten Anträge beschlossen worden. Da die ruthenischen Abgeordneten daher nichts besaßen, womit sie sich vor den Wählern hätten rühmen können, und weil sie um ihre Mandate besorgt waren, veranstalteten sie eine Sezeßion.

Das ist der Grund, das ist der Zweck der Abstinenz, das sind die Folgen davon, wenn man jemandem mehr verspricht, als man halten kann.

Wer weiß aber, ob jene Politik irgend welche Früchte tragen wird, weil sich auch solche Leute finden werden, welche diesen ruthenischen Bauern diese ganzen Machinationen klar machen werden, sie darüber aufklären werden, daß ihre Abgeordneten nur deshalb aus dem Landtage ausgetreten seien, weil sie ihnen zuviel Unmögliches versprochen haben, und weil es ihnen selbst hauptsächlich nur um die Mandate zu thun sei. Sie haben dem Volke gegenüber daher einen politischen Betrug verübt!

Und nun wollen wir zu dieser ruthenischen radikalen Politik übergehen und uns einmal mit dieser befassen.

Fortsetzung

aus Nr. 275 des Dziennik Polski

vom 21. Juli 1901:

Die sowohl für die Gesamtheit des Staats, als auch für die Ruhe der Bürger polnischer Nationalität

in gleicher Weise gefährliche ruthenische radikale Agitation läßt sich seit einigen Jahren verspüren. Wir hatten schon Boykotts, wir lesen, was in den Kirchen und Pöschallen gepredigt wird, und haben es erlebt, daß von den Popen verboten wird, „Polen“ auf den Kirchhöfen zu beerdigen, und daß ein solcher Franko oder Karol unsere theuersten Ideale mit Schmutz bewirft. Ja, wir mußten es sogar erleben, daß in den Schulen siebenjährige Kinder polnisch nicht lesen wollten, denn man hat sie in den Pöschallen aus den Zeitungen in dieser Weise belehrt.

Warten wir noch ein wenig und sitzen wir thatenlos noch weiter mit verschränkten Armen da, und wir werden in Kurzem noch viel schlimmere Sachen erleben, denn das ist das Ziel des ruthenischen Radikalismus und darnach trachtet er.

Wenn wir über die Ursache des Uebels nachdenken, werden wir auch Abwehrmittel finden.

Früher wohnte in jedem Dorfe der Besitzer selbst oder sein Verwalter, durch seine stete Berührung mit dem Volke übte er auf dieses großen Einfluß aus und kontrollirte dasselbe. Heut wirthschaftet selten einmal ein Bürger selbst, das Volk geht ihn nichts an, die Güter sind meistentheils verpachtet, und der Pächter kümmert sich um Politik nicht viel — daher fehlt es an der Berührung mit dem Volke, woraus die Geistlichen Nutzen ziehen und in ihrem Dorfe allein die Wirthschaft führen.

Heut ist fast jeder Schüler eines ruthenischen Gymnasiums, jeder fertige ruthenische Kleriker ein verbissener Feind der Polen und der römisch-katholischen Religion — was früher nicht der Fall war, denn solange die Polen mit den Ruthenen in ein und dieselbe Schule gingen und auf derselben Bank saßen, lernten sie sich gegenseitig und ihre Ideale näher kennen. Unwillkürlich drängt sich einem hier der Gedanke auf, daß auf den ruthenischen Gymnasien und in den ruthenischen Konvikten, sowie in den ruthenischen Seminaren den Schülern das Gift des Hasses gegen alles was polnisch ist, eingeimpft wird.

Ueber die ruthenischen Pöschallen, die Predigten der Popen wird keinerlei Kontrolle ausgeübt, in diesen werden die ruthenischen Bauern beständig gegen die Regierung und die Polen aufgehetzt, und in den Kirchen werden von der Kanzel herab diejenigen beschimpft, welche mit den Radikalen nicht sympathisiren!

An jedem Orte und bei jeder Gelegenheit treiben die Ruthenen radikale Politik und wenn auch hier oder dort einmal von unserer Seite eine Stimme der Entrüstung laut wird, so bleibt das doch nur die Stimme eines Rufenden in der Wüste.

Am meisten agitiren die Geistlichen; ist aber schon einmal einer von ihnen zur Verantwortung gezogen worden?

Haben unsere Vorfäter deshalb Kirchen gebaut und ruthenische Pöschallen begründet, damit in ihnen gegen deren Nachkommen gehetzt werde?

Alle Mißbräuche der geistlichen Gewalt seitens der Popen gehen diesen ungestraft durch, weil kaum der hundertste Theil dieser Mißbräuche das Tageslicht erblickt.

Man müsse die Popen doch einmal darüber belehren, daß sie Kapläne der Liebe, und nicht des Hasses sein sollen, daß sie ihr geistliches Gewand nicht mit „Lügen“ besudeln und das Gift des Hasses in die Seele der unaufgeklärten Massen einimpfen dürfen!

Wir Polen zahlen hier in Galizien dreiviertel der Steuern, wir verlangen daher auch von der Regierung, daß sie für unsere Sicherheit Sorge und eine Kontrolle sowohl über die Thätigkeit der ruthenischen Geistlichen, wie über die ruthenischen Pöschallen ausübe.

Um nun dem Uebel und dem sich immer mehr ausbreitenden Haß entgegenzutreten, müssen wir auf gesetzgeberischem Wege dafür sorgen, daß alle Volksschulen und Mittelschulen in utraquistische umgewandelt werden, und gleichzeitig müssen wir eine Kontrolle über die Thätigkeit der ruthenischen Radikalen ausüben.

Eine Ausübung einer Kontrolle über die ruthenische Agitation und eine erfolgreiche Vertheidigung der polnischen Interessen kann aber nur dann stattfinden, wenn im östlichen Galizien ein polnischer Verein mit dem Sitz in Lemberg begründet wird, dessen Aufgabe darin bestehen müßte, das Polenthum bei dem Bauern und dem kleinen Adel zu erhalten, polnische Kirchen zu bauen, polnische Parochieen zu begründen, polnische Lesehallen zu erbauen, mit einem Wort, um die Ausbreitung des Polenthums zu sorgen, und gleichzeitig eine Kontrolle über die destruktive Arbeit der radikalen Ruthenen auszuüben.

Pflicht des Vereins müßte es sein, durch Bezirksfilialen und auf den Dörfern angestellte Delegirte über die destruktive Arbeit der radikalen Ruthenen zu wachen, und jeden erheblicheren Mißbrauch, jede Sezerei in den polnischen Zeitungen zu brandmarken.

Wir Polen müssen endlich einmal erkennen, daß wenn wir uns in Parteien zersplittern, wir uns hier im östlichen Galizien ein Grab graben, wir müssen Hand in Hand mit einander gehen, ohne Unterschied des Standes und der Anschauungen, weil der Feind auf unseren Untergang lauert — und weil unsere Vertheidigung allein in der Einmüthigkeit beruht.

Denken wir an die Worte des Dichters, daß uns drei Schwerter vertheidigen:

Liebe — Glaube und Vertrauen.

Vertheidigen wir unsere polnischen Väter

Und stärken wir den polnischen Geist!

Ein Lechit.

Die erste Seite ist eine handschriftliche Notiz, die mit "Die erste Seite ist eine handschriftliche Notiz" beginnt. Der Text ist in deutscher Sprache verfasst und scheint eine Beschreibung oder einen Bericht zu sein. Er ist in mehreren Absätzen gegliedert und enthält einige spezifische Details, die jedoch aufgrund der geringen Lesbarkeit nicht genau entziffert werden können. Der Text endet mit dem Satz "Die erste Seite ist eine handschriftliche Notiz".

Die zweite Seite ist eine handschriftliche Notiz, die mit "Die zweite Seite ist eine handschriftliche Notiz" beginnt. Der Text ist in deutscher Sprache verfasst und scheint eine Beschreibung oder einen Bericht zu sein. Er ist in mehreren Absätzen gegliedert und enthält einige spezifische Details, die jedoch aufgrund der geringen Lesbarkeit nicht genau entziffert werden können. Der Text endet mit dem Satz "Die zweite Seite ist eine handschriftliche Notiz".

Die dritte Seite ist eine handschriftliche Notiz, die mit "Die dritte Seite ist eine handschriftliche Notiz" beginnt. Der Text ist in deutscher Sprache verfasst und scheint eine Beschreibung oder einen Bericht zu sein. Er ist in mehreren Absätzen gegliedert und enthält einige spezifische Details, die jedoch aufgrund der geringen Lesbarkeit nicht genau entziffert werden können. Der Text endet mit dem Satz "Die dritte Seite ist eine handschriftliche Notiz".